

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

04
26

Séance du conseil communal
du 04.06.2026

DE

Gemeinderatssitzung
vom 04. Juni 2026

P04

FR

Séance du conseil communal
du 04 juin 2026

P20

EN

Municipal Council meeting
of 04 June 2026

P35



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 04. Juni 2026

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.04.2026.
2. Genehmigung der verbleibenden Außenstände für das Jahr 2025.
3. Verabschiedung des Kostenvoranschlags für das Projekt LOFT und SERRE.
4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für einen inklusiven Spielplatz.
5. Festsetzung der Gebühr für die Teilnahme an den PROVELO-Schulungen.
6. Genehmigung einer Vereinbarung mit der Firma LUXREPOWER.
7. Lokale Vereine:
 - a) Vergabe der ordentlichen Zuschüsse 2025/2026
 - b) Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an den VCS
8. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.
9. Genehmigung einer Reihe von Nutzungsverträgen für Gemeinschaftsgärten.
10. Punktuelle Änderung des Gemeindehaushalts.
11. Genehmigung der Organisation des Musikschulunterrichts für das Schuljahr 2026/2027.
12. Schulangelegenheiten:
 - a) Verabschiedung der vorläufigen Schulorganisation für das Schuljahr 2026/2027, des PDS 2024–2027 und des PEP
 - b) Punktuelle Änderung des Reglements über Schulzuschüsse
 - c) Ernennungen auf der 1. Liste des MENJE (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
13. Mobilität und Verkehr:
 - a) Genehmigung des Nachtrags Nr. 23 zur Allgemeinen Verkehrsordnung
 - b) Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements
14. Urbanismus:
 - a) Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des PSZAE
 - b) Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des PAG „Centre – Police“ sowie zur punktuellen Änderung des PAP QE
 - c) Genehmigung des PAP „Rue des Carrières“
- d) Verabschiedung der Vereinbarung im Rahmen des PAP „Route d'Arlon – Rue des Carrefours“
15. Personalangelegenheiten
 - a) Beschluss über die Streichung einer Reihe von Stellen innerhalb der Gemeindeverwaltung
 - b) Schaffung einer Stelle für einen Arbeiter mit manuellen Tätigkeiten für den Bedarf des kommunalen Regiebetriebs
 - c) Ernennung für die Stelle eines Gemeindemitarbeiters für die Dienststelle „Interkulturelles Zusammenleben“ (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
 - d) Beschluss über die endgültige Ernennung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
16. Verschiedenes.

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT) :

Marc Fischer (DP), Mitglied des Gemeinderates.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung und heißt die Mitglieder des Gemeinderats willkommen. Anschließend teilt er mit, dass Gemeinderat Marc Fischer (DP) für diese Sitzung entschuldigt und abwesend ist und dass Gemeinderat Daniel Thein (DP) an seiner Stelle stimmberechtigt ist.

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.04.2026.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet den ersten Tagesordnungspunkt, die Genehmigung des Protokolls

der Sitzung vom 16. April 2026. Es gibt keine Bemerkungen seitens der Mitglieder des Gemeinderats hierzu.

Das Protokoll wird somit ohne Einwände genehmigt und zur Unterzeichnung weitergeleitet.

2. Genehmigung der verbleibenden Außenstände für das Jahr 2025.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt die verbleibenden Außenstände für das Haushaltsjahr 2025 vor. Sie weist zunächst darauf hin, dass eine Übersicht über alle Gemeindesteuern und -gebühren mit den jeweiligen Fälligkeitsterminen und Zahlungen erstellt und an die Gemeinderäte weitergeleitet wurde.

Bezüglich der Aufstellung der verbleibenden Außenstände dankt sie dem in der Sitzung anwesenden Gemeindevorsteher Herrn Marc Feider sowie seinem Team für ihre Arbeit. Sie betont, dass sich die Gemeinde Strassen eine besonders soliden finanziellen Situation befindet. Die vorgelegten aktualisierten Beträge berücksichtigen mehrere Zahlungen, die seit der ursprünglichen Versendung der Unterlagen an die Gemeinderäte eingegangen sind.

Für das Haushaltsjahr 2025 beläuft sich der Gesamtbetrag der offenen Forderungen auf 23.734,01 Euro. Von diesem Betrag sind 19.797,28 Euro noch Gegenstand von Einziehungsverfahren, während für einen Gesamtbetrag von 3.936,73 Euro eine Abschreibung vorgeschlagen wird. Zum Vergleich: Im Vorjahr beliefen sich die ausstehenden Beträge zum Zeitpunkt der ersten Übermittlung der Unterlage auf rund 76.000 Euro.

Schöffin Anne Arend erklärt, dass ein erheblicher Teil der abzuschreibenden Beträge einen ehemaligen Mieter einer Gemeindewohnung betrifft, der inzwischen verstorben ist, was eine Beitreibung unmöglich macht. Die übrigen Abschreibungen betreffen im Wesentlichen geringfügige Forderungen gegenüber Personen, deren Aufenthaltsort nicht mehr festgestellt werden kann. Sie ergänzt, dass sich fast 10.000 Euro der noch ausstehenden Forderungen auf fünf Hauptschuldner konzentrieren, darunter insbesondere bestimmte Gastronomiebetriebe und eine Wohnanlage, gegen die gerichtliche Schritte eingeleitet wurden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) lobt die Qualität des vorgelegten Dokuments sowie die dazu gegebenen Erläuterungen. Sie betont, dass es sich um eine der übersichtlichsten und detailliertesten Übersichten der verbleibenden Außenstände handle, die der Gemeinderat je geprüft habe, und gratuliert der Gemeindeverwaltung zu den hervorragenden Ergebnissen, die für eine Gemeinde von der Größe Strassens besonders bemerkenswert sind.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die verbleibenden Außenstände für das Jahr 2025.

3. Verabschiedung des Kostenvoranschlags für das Projekt LOFT und SERRE.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt den Kostenvoranschlag für die Projekte „SERRE“ und „LOFT“ vor, zwei Initiativen, die im Rahmen der Aktivitäten der „Maison Relais“ ausgearbeitet wurden.

Er weist darauf hin, dass das pädagogische Gewächshaus bereits im pädagogischen Garten „Kannergaart“ aufgebaut wurde. Die Kosten belaufen sich – wie ursprünglich vorgesehen – auf 51.660 Euro. Diese Infrastruktur ist Teil eines Bildungsprojekts, das von den Teams der Maison Relais mit großem Engagement vorangetrieben wird. Es ist übrigens ein Tag der offenen Tür geplant, damit die Öffentlichkeit das Gewächshaus, den Garten und die verschiedenen damit verbundenen pädagogischen Projekte kennenlernen kann.

Der zweite Teil betrifft das Projekt LOFT, das als Anlauf- und Begleitungsstelle für Kinder, Jugendliche und ihre Familien konzipiert ist. Dieses Angebot richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 18 Jahren und soll gleichzeitig ein Ort für Begegnung, Beratung und für Aktivitäten sein. Zwei Mitarbeiter der „Maison Relais“ übernehmen die Leitung. Im Anschluss an ein Ausschreibungsverfahren hat das Unternehmen ALHO das günstigste Angebot für den Bau des Gebäudes in Höhe von 269.391 Euro vorgelegt.

Hinzu kommen Kosten in Höhe von 97.333 Euro für die Anschlüsse an die Versorgungsnetze sowie für verschiedene technische Infrastrukturen, insbesondere die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die

Stromversorgung und die Installation einer Schalttafel, über die auch eventuelle Aktivitäten im Außenbereich mit Strom versorgt werden können. Somit belaufen sich die Gesamtkosten für die beiden Projekte auf 418.385 Euro. Das künftige LOFT-Gebäude wird gegenüber dem pädagogischen Garten errichtet. So entsteht ein Standort, an dem mehrere Bildungs- und Erziehungsprojekte der Maison Relais zusammengeführt werden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erinnert an die Beratungen in der Raumordnungskommission bezüglich des Standorts des Gebäudes. Sie erkundigt sich, ob zu einem späteren Zeitpunkt eine Erweiterung des Geländes möglich ist. Außerdem verweist sie auf eine Anfrage von Anwohnern des Viertels bezüglich des Fußwegs, der die benachbarte Wohnsiedlung mit dem Gelände verbindet. Ihrer Meinung nach wäre es sinnvoll, diesen Weg im Zuge der Bauarbeiten besser zu sichern und zu verhindern, dass die Fußgänger direkt auf den Parkplatz gelangen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass die Frage der Fußgängerverbindung geprüft werden könne. Er erläutert zudem, dass das LOFT-Gebäude nach den derzeitigen Plänen am Rand des Grundstücks, gegenüber dem Eingang zum pädagogischen Garten, errichtet werden soll.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) kommt auf ein früheres Projekt zur landschaftlichen Gestaltung rund um die Themen Wasser, Feuer, Luft und Erde zurück. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass dieses Projekt aufgegeben worden sei, als sich herausstellte, dass die Kosten weitaus höher ausfallen würden als ursprünglich vorgesehen. Die Gemeinde habe sich daraufhin entschieden, ihre Anstrengungen auf die Entwicklung des pädagogischen Gartens, des Gewächshauses und des künftigen LOFT zu konzentrieren.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) hebt zudem den Erfolg der bereits mit den Kindern durchgeführten pädagogischen Aktivitäten hervor, z.B. den Verkauf von im Garten gezüchteten Pflanzen auf dem örtlichen Markt. Der Bürgermeister bestätigt, dass diese Initiative großen Anklang gefunden habe und ein konkretes Beispiel für die auf dem Gelände geleistete Arbeit darstelle.

Auf eine Frage der Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) hinsichtlich der Nutzung des Gewächshauses erklärt Bürgermeister Nico Pundel (CSV), dass es sich hierbei in erster Linie um ein Projekt der Maison Relais handelt, auch wenn sich einige Lehrkräfte der Schule ebenfalls daran beteiligen.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den Kostenvoranschlag in Höhe von 418.385 Euro für die Projekte LOFT und SERRE.

4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für einen inklusiven Spielplatz.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt das Projekt für einen inklusiven Spielplatz vor, das in Zusammenarbeit mit einem Verein aus dem Umfeld des Zentrums für motorische Entwicklung ausgearbeitet wurde. Diese Zusammenarbeit entstand aus dem Wunsch des Vereins, finanzielle Mittel, die sie nicht mehr unmittelbar der Sonderschule zugutekommen konnten anderweitig zu investieren. Die Gemeinde wird die Infrastruktur errichten, während der Verein sich dank noch laufender Spendenaktionen an der Finanzierung mehrerer Spielgeräte beteiligen wird. Die vom Verein finanzierten Spielgeräte werden mit einer speziellen Kennzeichnung versehen, die auf diesen Beitrag hinweist.

Die vorbereitenden Studien wurden durchgeführt. Ein archäologisches Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass keine Ausgrabungen erforderlich sind. Auch die Ökobilanz des Projekts wurde erstellt. Drei Bäume müssen gefällt werden, doch dies wird durch die Pflanzung von drei neuen Bäumen auf dem gleichen Gelände ausgeglichen. Der Baubeginn ist für Anfang des nächsten Jahres vorgesehen.

Es wurden mehrere Anträge auf Zuschüsse an die Ministerien für Sport, Bildung, Familie und Landwirtschaft sowie an die Tourismusbranche gestellt. Alle wurden abgelehnt. Lediglich die Vergabe des Labels „Euro Welcome“ von Info-Handicap wird in Betracht gezogen. Dies geht jedoch nicht mit einer finanziellen Unterstützung einher.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Sanitäranlagen gelegt. Das Projekt sieht unter anderem einen Wickel-

tisch vor, der auch für Erwachsene mit Behinderung geeignet ist. Erste Lösungsansätze, bei denen ein Schweizer Anbieter in Betracht gezogen wurde, erwiesen sich als ungeeignet und kostenintensiv. Andere Anbieter, insbesondere in Frankreich oder Deutschland, bieten inzwischen Ausstattungen an, die besser auf die Bedürfnisse abgestimmt und kostengünstiger sind. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf 1.568.525 Euro geschätzt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont, dass dieser Spielplatz so konzipiert ist, dass Kinder mit Behinderung gemeinsam mit ihren Geschwistern und allen anderen Kindern spielen können. Er unterstreicht den wirklich inklusiven Charakter des Projekts. Seiner Ansicht nach würde selbst ein klassischer Spielplatz dieser Größenordnung eine in etwa vergleichbare Investition darstellen. Außerdem sei der Standort aufgrund der Nähe zum Zentrum für motorische Entwicklung der „Kannerklinik“, zur Logopädie und anderen spezialisierten Einrichtungen besonders gut gewählt. Er bedauert jedoch, dass keines der Ministerien bereit war, eine Initiative, die er als landesweit einzigartig ansieht, finanziell zu unterstützen.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) zeigt sich ebenfalls verwundert über das Ausbleiben von Fördermitteln und schlägt vor, die bestehenden Fördermöglichkeiten erneut zu prüfen, insbesondere in Bezug auf Maßnahmen zur Förderung der Barrierefreiheit und behindertengerechter Einrichtungen. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) bestätigt, dass weitere Schritte unternommen werden.

Gemeinderat Dan Thein (DP) zeigt sich erfreut über ein Projekt, das dank der zahlreichen spezialisierten Einrichtungen vor Ort eine Strahlkraft entfalten wird, die weit über Strassen hinausgeht. Er fragt, wie es um die Barrierefreiheit des Parkplatzes für Menschen mit eingeschränkter Mobilität steht. Es wird erwidert, dass in unmittelbarer Nähe des Spielplatzes behindertengerechte Parkplätze sowie Bereiche zum Aussteigen und Absetzen der Nutzer vorgesehen sind.

Auch Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) bedauert das Ausbleiben finanzieller Unterstützung durch den Staat. Er fordert den Schöffenrat auf, seine

diesbezüglichen Bemühungen bei den zuständigen Ministerien fortzusetzen. Er betont, dass das Projekt voll und ganz den Zielvorgaben des kommunalen Plans zur Inklusion und zur Förderung von Menschen mit Behinderung entspricht. Er erkundigt sich zudem, wie die Rückmeldungen bezüglich der bereits in der Gemeinde installierten automatischen Toiletten sind. Der Bürgermeister erwidert, dass diese Einrichtungen nach einigen technischen Anpassungen im Großen und Ganzen gut funktionieren, sie jedoch nicht den spezifischen Bedürfnissen von Erwachsenen mit Behinderung gerecht wurden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) hebt die gründliche Arbeit hervor, die bei der Ausarbeitung des Projekts geleistet wurde. Sie betont, dass die Einrichtungen so konzipiert wurden, dass sie einer Vielzahl unterschiedlicher Beeinträchtigungen, einschließlich Autismus, gerecht werden, um die Interaktion zwischen Kindern, Familien und Begleitpersonen bestmöglich zu fördern. Sie schlägt außerdem vor, sich beim Ministerium für Gleichstellung zu erkundigen, ob von dieser Stelle vielleicht eine Unterstützung möglich sei. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde weiterhin alle möglichen Ansätze für eine Unterstützung bei der Finanzierung prüfen werde.

Der Kostenvoranschlag für den inklusiven Spielplatz wird einstimmig angenommen.

5. Festsetzung der Gebühr für die Teilnahme an den PROVELO-Fahrradkursen.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) stellt ein Vorhaben vor, bei dem es um einen Fahrradkurs für Erwachsene geht, der in Zusammenarbeit mit ProVelo organisiert wird. Ziel ist es, Menschen, die sich auf dem Fahrrad noch nicht sicher genug fühlen, dabei zu helfen, mehr Vertrauen in ihre diesbezüglichen Fähigkeiten zu gewinnen und sich im Straßenverkehr sicherer zu bewegen.

Der Kurs findet vom 5. bis 14. Oktober statt und umfasst acht Kurseinheiten von jeweils 2 Stunden, die abends von 18:30 bis 20:30 Uhr stattfinden. ProVelo stellt das erforderliche Material sowie die Ausbilder zur Verfügung. Die Gemeinde muss jedoch während der

Dauer des Kurses den Transport und die Lagerung des Materials gewährleisten.

Um die Durchführung dieser Kurse zu ermöglichen, muss eine Teilnahmegebühr festgelegt werden. Der Schöffenrat schlägt vor, diese auf 50 Euro pro Teilnehmer festzusetzen. Die Gemeinde sieht eine Mindestteilnehmerzahl von fünf Personen vor, auch wenn ProVelo angibt, dass normalerweise eine Schulung erst organisiert wird wenn sechs Teilnehmer sich angemeldet haben.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) merkt an, dass ProVelo für diese Art von Schulung normalerweise 100 Euro in Rechnung stellt. Maryse Bestgen-Martin ergänzt, dass die Gemeinde einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt, da ProVelo 2.350 Euro für die Durchführung der ganzen Kurses erhält. Die von den Einwohnern verlangte Teilnahmegebühr wird daher bewusst niedrig angesetzt, um die Teilnahme am Kurs zu erleichtern.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) bittet um nähere Angaben zu dem an ProVelo gezahlten Betrag und zur erwarteten Teilnehmerzahl. Maryse Bestgen-Martin erklärt, dass es sich um einen Pauschalpreis für die gesamte Schulung handelt und dass es noch keine genaue Schätzung der Teilnehmerzahl gebe. Sie betont jedoch, dass dieses Angebot sich vor allem an Personen richtet, die sich zu unsicher fühlen, um im täglichen Straßenverkehr ihr Fahrrad zu nutzen, und die mehr Vertrauen in ihre diesbezüglichen Fähigkeiten aufbauen möchten.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt sich, ob vielleicht auch Jugendliche teilnehmen können. Maryse Bestgen-Martin antwortet, dass der Kurs als „Fahrradschule für Erwachsene“ konzipiert sei und dass in der künftigen Kommunikation die Zielgruppe klar angegeben werden müsse.

Schöffin Anne Arend (CSV) erinnert daran, dass der zur Abstimmung vorgelegte Punkt ausschließlich die Festsetzung der Teilnahmegebühr betrifft und noch nicht die detaillierten organisatorischen Modalitäten.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Teilnahmegebühr von 50 Euro für die ProVelo-Schulungskurse.

6. Genehmigung einer Vereinbarung mit der Firma LUXREPOWER.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt eine Vereinbarung vor, die mit der Firma LuxRepower (SWIO) geschlossen werden soll. Es geht dabei um die Installation einer Elektro-Ladestation in der Nähe von Autopolis. Der betreffende Standort erstreckt sich über beide Gemeindegebiete, das von Strassen und das von Bartringen, weshalb die Vereinbarung auch von beiden Gemeinden unterzeichnet werden muss.

Er erklärt, dass das Unternehmen sämtliche Kosten in Zusammenhang mit der Ladestation übernehmen wird. Die Gemeinden müssen lediglich den Standort zur Verfügung stellen und die Stromzuführung bis zum Standort sicherstellen. Aufgrund der Lage der Ladestation, die sich auf dem Gebiet beider Gemeinden erstreckt, werden eventuelle Einnahmen zwischen Strassen und Bartringen aufgeteilt.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) betont, dass die in Strassen vorhandenen Ladeinfrastrukturen außerordentlich gut genutzt werden. Laut den von Chargy übermittelten Statistiken gehören die auf dem Gemeindegebiet installierten Ladestationen zu den meistgenutzten des Landes. Sie weist insbesondere darauf hin, dass die Ladestation gegenüber dem Rathaus derzeit landesweit die höchste Nutzungsrate aufweise.

Der Gemeinderat stimmt der Vereinbarung einstimmig zu.

7. Lokale Vereine:

a) Vergabe der ordentlichen Zuschüsse 2025/2026

Schöffin Anne Arend (CSV) eröffnet die Diskussion über die ordentlichen Zuschüsse für lokale Vereine für das Jahr 2025/2026 und bedankt sich herzlich bei allen Vereinen und Verbänden in Strassen. Gleichzeitig betont sie, dass sie einen wesentlichen Beitrag zum Gemeindeleben leisten: sie fördern die Integration, den sozialen Zusammenhalt, den Teamgeist sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten. Sie erwähnt zudem die zahlreichen Erfolge, die auf nationaler Ebene erzielt

wurden. All dies erfordere erhebliche Investitionen und rechtfertige die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde.

Das Gesamtbudget für die ordentlichen Zuschüsse steigt dieses Jahr von 150.000 auf 155.000 Euro. Die Gemeinde bedauert, dass in diesem Jahr der Verein „Gaart an Heem“ nicht mehr mit dabei ist. Nach langjährigem Bestehen hat er seine Tätigkeit eingestellt.

Gemeinderätin Anne Arend (CSV) erklärt, dass es nach wie vor keinen automatischen Verteilungsschlüssel gibt. Jeder Antrag wird einzeln geprüft, wobei insbesondere die Mitgliederzahl, der Anteil an Jugendlichen und Ortsansässigen, die erzielten Ergebnisse, die Betriebskosten sowie die Finanzlage des jeweiligen Vereins berücksichtigt werden. Die meisten Vereine erhalten somit eine Erhöhung ihrer Zuschüsse zwischen 2,2 % und 3 %, wobei die Zuschussbeträge aus Gründen der Praktikabilität gerundet werden.

Bei einigen Vereinen werden die Zuschüsse jedoch stärker erhöht. biker.lu erhält 12% mehr Fördermittel, auch wegen ihres engagierten Einbringens bei kommunalen Veranstaltungen wie dem Weihnachtsmarkt und ihrer relativ prekären Finanzlage.

Der Schachverein erhält eine Erhöhung von 17%. Der Verein zählt nunmehr 227 Mitglieder, davon 195 Jugendliche unter 20 Jahren und 92 Einwohner der Gemeinde Strassen. Diese kontinuierliche Entwicklung rechtfertigt laut Schöffin Anne Arend (CSV) eine verstärkte Unterstützung.

Beim Judo-Club wird der Zuschuss um 6,5% erhöht. Er hat mittlerweile 314 Mitglieder, darunter 284 Jugendliche. Schöffin Anne Arend (CSV) betont, dass es sich mittlerweile um den erfolgreichsten Judo-Club Luxemburgs handelt. Sie erinnert außerdem daran, dass der Verein aufgrund seines umfangreichen Engagements in der Jugendarbeit bereits eine zusätzliche finanzielle Unterstützung erhält.

Eine weitere Erhöhung betrifft den Volleyball Club Stroossen (VCS). Sein Zuschuss steigt von 14.460 auf 16.000 Euro, was einer Erhöhung von 10,6 % entspricht.

Diese Entscheidung wurde nicht nur aufgrund der sportlichen Erfolge des Vereins getroffen, sondern auch aufgrund seines sozialen Engagements. Der Verein bietet Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem SNJ an, organisiert Initiativen mit der Maison Relais und bereitet die Gründung einer Sitzvolleyball-Abteilung für Menschen mit Behinderung vor. Die Gemeinde möchte solche Initiativen aktiv unterstützen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die finanziellen Zuschüsse nur einen Teil der Unterstützung für die Vereine ausmachen. Die Gemeinde stellt außerdem Infrastrukturen, Säle, Sportplätze, Ausrüstung und eine umfangreiche logistische Unterstützung zur Verfügung. Er betont, dass die Vereine das Herzstück des Gemeindelebens bilden und dass deren Unterstützung weiterhin vorrangig bleibt.

Schöffin Anne Arend (CSV) weist zudem auf eine Korrektur in der Liste der Begünstigten hin: Die Bezeichnung „Foyer de la Femme“ muss durch „Foyer Espoir“ ersetzt werden.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) schlägt vor, über eine systematischere Vernetzung zwischen lokalen Unternehmen und Vereinen nachzudenken. Als Beispiel nennt er einige deutsche Gemeinden, die Treffen zwischen Akteuren aus Wirtschaft und Vereinswesen organisieren, um Sponsoring oder andere Formen der Zusammenarbeit zu fördern.

Der Bürgermeister begrüßt diesen Vorschlag. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits plant, ein Treffen mit lokalen Unternehmen rund um die Plattform „Letzshop“ zu organisieren, und hält es für sinnvoll, dabei auch die Frage der Unterstützung der Vereinen mit zu berücksichtigen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich dem Dank an die Vereine an. Sie betont, dass Strassen über ein besonders reiches und dynamisches Vereinsleben verfügt. Sie führt aus, dass die Verantwortlichen anderer Gemeinden oft beeindruckt sind von der regen Vereinstätigkeit in Strassen und den zahlreichen bereits umgesetzten Initiativen.

Die ordentlichen Zuschüsse für 2025/2026 werden einstimmig genehmigt.

b) Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses an den VCS

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird dem Volleyball Club Stroossen ein außerordentlicher Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro gewährt.

Schöffin Anne Arend (CSV) erläutert, dass der Verein luxemburgischer Meister ist und an den europäischen Qualifikationsspielen teilnehmen wird. Diese Teilnahme ist mit erheblichen Kosten verbunden, insbesondere für Lizenzen, deren Gesamtkosten sich auf etwa 15.000 Euro belaufen. Da der Verein derzeit nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, schlägt die Gemeinde vor, diesen Betrag vorzuschießen, um ihm die Anmeldung zu ermöglichen.

Dabei gilt das gleiche Prinzip wie in den Vorjahren: der Verein wird anschließend eine eigene Finanzierungskampagne organisieren, indem er Sponsoren sucht, Eintrittskarten verkauft, Broschüren herausgibt und Einnahmen anlässlich von Spielen erzielt. Nach Abschluss der Europakampagne wird eine Abrechnung erstellt, und die Gemeinde wird nur das eventuell verbleibende Defizit übernehmen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass der Volleyball Club Stroossen derzeit eine außergewöhnliche Saison hinlegt. Der Verein hat drei Meistertitel sowie drei Pokalsiege errungen. Er leistet zudem eine besonders erfolgreiche Nachwuchsarbeit, aus der mehrere Spitzenspieler und -spielerinnen hervorgegangen sind, darunter auch einige Mitglieder der Nationalmannschaften.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) hebt auch das soziale Engagement des Vereins hervor. Sie erinnert daran, dass er regelmäßig internationale Jugendaustausche organisiert und seit Beginn des Krieges in der Ukraine ukrainische Spieler aufgenommen hat, um ihnen die Integration zu erleichtern. Der Verein bietet auch weiterhin sportliche Aktivitäten für Jugendliche aus Heimen und Unterbringungseinrichtungen an.

Der außerordentliche Zuschuss für den Volleyball Club Stroossen wird einstimmig genehmigt.

8. Genehmigung mehrerer notarieller Urkunden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt zwei notarielle Urkunden über die unentgeltliche Übertragung von Grundstücken an die Gemeinde vor.

Die erste betrifft einen Einwohner, der der Gemeinde unentgeltlich ein Grundstück mit einer Fläche von zwei Zentiar in der Rue du Kiem überlässt.

Die zweite Urkunde betrifft ein Ehepaar, das ebenfalls unentgeltlich ein Grundstück in der Rue des Romains, am Ende der Gemeindestraße gelegen, abtritt.

Von den Mitgliedern des Gemeinderats werden keine Fragen oder Anmerkungen vorgebracht. Die beiden notariellen Urkunden werden einstimmig genehmigt.

9. Genehmigung einer Reihe von Nutzungsverträgen für Gemeinschaftsgärten.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) stellt eine neue Reihe von Nutzungsverträgen für die gemeindeeigenen Gemeinschaftsgärten vor. Sie erinnert daran, dass die Gemeinde derzeit über 25 Parzellen auf dem Hauptgelände sowie über mehrere neue, kleine Parzellen verfügt, die in einer jüngst erfolgten Erweiterung angelegt wurden. Die großen Parzellen sind etwa doppelt so groß wie die kleinen. In diesem Jahr wurden rund zwanzig Gärten an neue Nutzer vergeben.

Die Nachfrage ist weiterhin groß. Die Einwohner können sich über die Website der Gemeinde oder am Empfang des Rathauses auf eine Warteliste eintragen. Derzeit stehen elf Personen auf dieser Liste. Gemeinderätin Bestgen-Martin (déi gréng) betont zudem, dass die tägliche Verwaltung manchmal eine individuelle Betreuung erfordert, da manche Gärtner auf Schwierigkeiten stoßen oder ihre Parzelle aufgeben, was immer wieder zu einem Wechsel der Nutzer führt.

Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) erkundigt sich, wie es um die angebotenen Unterstützung für neue

Gärtner aussieht. Seiner Meinung nach erhalten manche Personen eine Parzelle, ohne unbedingt über die erforderlichen Kenntnisse zu verfügen, um sie fachgerecht zu bewirtschaften.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) erklärt, dass die Gemeinde bereits mehrere Ansätze in Betracht gezogen hat, wie z.B. Schulungen zu organisieren oder mit Fachverbänden zusammenzuarbeiten. Das Interesse der Teilnehmer halte sich jedoch in Grenzen. Sie stellt fest, dass wirklich motivierte Personen sich die notwendigen Informationen in der Regel selbst oder im Austausch mit anderen, erfahreneren Gärtnern beschaffen. Einige Parzellen werden vorbildlich bewirtschaftet, und deren Nutzer geben ihr Wissen gerne weiter.

Sie erinnert zudem daran, dass im vergangenen Jahr ein geselliges Beisammensein organisiert wurde. Die Teilnehmer waren eingeladen worden, Produkte oder Zubereitungen aus ihren Gärten mitzubringen, um den Austausch zu fördern. Die Stimmung war ausgezeichnet, doch nur wenige Gärtner haben daran teilgenommen. Trotz wiederholter Einladungen bleibt es schwierig, alle Nutzer zu mobilisieren.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) berichtet von sehr positiven Rückmeldungen seitens neuer Nutzer, die er persönlich kennt. Diese schätzten insbesondere die Tatsache, dass die Gemeinde die Parzellen vor ihrer Vergabevollständig vorbereitet. Die Grundstück werden instand gesetzt, hergerichtet und so übergeben, dass sie unmittelbar nach der Übernahme bewirtschaftet werden können. Er spricht den Gemeindediensten für die hohe Qualität der geleisteten Arbeit ausdrücklich seine Anerkennung aus.

Er schlägt vor, dass die Gemeinde bei der Übergabe der Parzellen eventuell ein Begrüßungstreffen oder eine Einführungsrunde organisieren könnte, um den Austausch zwischen erfahrenen und neuen Gärtnern zu fördern. Zugleich räumt er ein, dass die praktische Umsetzung einer solchen Initiative mit Herausforderungen verbunden sein könnte.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) erinnert daran, dass die Gemeinde bereits in die Aufwertung

des Geländes investiert hat, unter anderem durch die Errichtung von Gartenhäusern und zusätzlichen Einrichtungen. Dabei ging es genau darum, ein gemeinschaftliches Miteinander zu fördern und die Kontakte zwischen den Nutzerinnen und Nutzern zu erleichtern. Allerdings erschwerten unterschiedliche Gewohnheiten, Sprachbarrieren oder schlicht die zeitliche Verfügbarkeit mitunter den Austausch. Insgesamt funktioniert das Projekt dennoch gut, und Personen, die wirklich daran interessiert seien, fänden in der Regel in dieser Gärtnergemeinschaft auch ihren Platz.

Die Verträge über die Bereitstellung der Gemeinschaftsgärten werden einstimmig genehmigt.

10. Punktuelle Änderung des Gemeindehaushalts.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt eine punktuelle Änderung des Gemeindehaushalts für das Haushaltsjahr 2026 vor. Ursprünglich war ein Überschuss von rund 803.000 Euro vorgesehen. Nach mehreren Anpassungen in den vorangegangenen Sitzungen stieg dieser Betrag auf fast 1,95 Millionen Euro. Die dem Gemeinderat nun vorgelegten neuen Änderungen gehen mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 997.000 Euro einher, es wird jedoch ein Überschuss von voraussichtlich 955.771 Euro erhalten bleiben.

Eine erste Anpassung betrifft die Aufnahme von Einnahmen in Höhe von 1.500 Euro aus den Kostenbeiträgen für die im Haff Schmit organisierten Schulungen. Dieser Posten war bei der Aufstellung des ursprünglichen Haushaltsplans nicht vorgesehen, da das Projekt zu diesem Zeitpunkt noch nicht hinreichend konkretisiert war.

Die größte Erhöhung im Haushalt betrifft die Ökoprämien für Haushalte. Der ursprüngliche Mittelansatz von 300.000 Euro wird auf 600.000 Euro verdoppelt. Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass die Gemeinde in den letzten Monaten einen starken Anstieg der Anträge verzeichnet hat. Ihrer Ansicht nach könnte dieser Anstieg damit zusammenhängen, dass die zuständige Behörde ältere Anträge beschleunigt bearbeitet habe. Sie weist darauf hin, dass dieser Betrag möglicherweise nicht ausreichen werde und dass bei

einer nächsten Haushaltsänderung wahrscheinlich eine weitere Anpassung erforderlich sein werde.

Ein weiterer Posten betrifft die Ausgaben für den Wasserverbrauch in den kommunalen Gebäuden. Nachdem neue Zähler eingebaut wurden stellte sich heraus, dass die alten Messsysteme nicht ordnungsgemäß funktionierten. Bestimmte Verbrauchsmengen wurden nicht zuverlässig erfasst, was zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Kosten geführt hatte. Die neuen Anlagen ermöglichen nun eine automatisierte und genauere Ablesung.

Der Haushalt sieht zudem eine Aufstockung um 15.000 Euro für die Anschaffung von Arbeitskleidung mit dem Gemeindelogo vor. Mit diesen Mitteln sollen neue Poloshirts, Jacken und andere Kleidungsstücke ersetzt beziehungsweise neu angeschafft werden. Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass die weiblichen Mitarbeiterinnen den Wunsch geäußert hätten, bei bestimmten Anlässen auch schwarze Kleidung tragen zu dürfen, mit Ausnahme von Hochzeitsfeiern, bei denen weiße Kleidung weiterhin die Regel ist.

Eine wichtige Korrektur ist zudem bei mehreren kommunalen Gebäuden und gemeindeeigenen Wohnungen erforderlich. Bei der Abrechnung des Energieverbrauchs im Zusammenhang mit der Kraft-Wärme-Kopplung wurde für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 ein Berechnungsfehler festgestellt. Anstelle des Gastarifs war der Stromtarif zugrunde gelegt worden, was zu fehlerhaften Beträgen führte. Die Gemeinde richtet daher einen speziellen Haushaltsposten ein, um die notwendigen Berichtigungen gegenüber den betroffenen Nutzern vorzunehmen. Dieser Fehler wurde bei einer eingehenden Prüfung im Rahmen der Umstrukturierung des Wohnungsamtes entdeckt.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) erkundigt sich außerdem, ob die Erhöhung der Umweltprämien möglicherweise mit der Einführung des Drittzahlersystems für bestimmte Photovoltaikanlagen zusammenhängt. Die Schöffin Anne Arend (CSV) ist der Ansicht, dass dieser Faktor künftig eine Rolle spielen könnte. Der derzeitige Anstieg sei jedoch vor allem auf die Bearbeitung älterer Anträge zurückzuführen, die noch nicht beschieden worden seien.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) kommt auf die Frage des Wasserverbrauchs in kommunalen Gebäuden zurück und fragt, ob die festgestellten Werte besonders hoch seien. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass kein übermäßiger Verbrauch festgestellt worden sei und dass die beobachteten Abweichungen hauptsächlich auf die zuvor erwähnten Messfehler zurückzuführen seien.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) schlägt zudem vor, die Sensibilisierungsmaßnahmen zum sparsamen Umgang mit Wasser in öffentlichen Gebäuden fortzusetzen. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erinnert daran, dass ein im Rahmen des Programms „Smart City“ entwickeltes Projekt genau darauf abzielt, eine tägliche Überwachung des Wasserverbrauchs zu ermöglichen. Das geplante System könnte zudem automatisch ungewöhnliche Verbrauchswerte erkennen und mögliche Leckagen melden. Die Umsetzung hängt jedoch noch von der Genehmigung des Projekts durch die zuständigen Behörden ab.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) spricht anschließend einen Hinweis an, wonach in bestimmten kommunalen Gebäuden regelmäßig Wasser laufen gelassen werde, um eine Stagnation des Wassers in den Rohrleitungen zu vermeiden. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) gibt an, ihm sei nicht bekannt, dass dies allgemein so gehandhabt werde. Er verspricht jedoch, diese Angaben bei den zuständigen Dienststellen zu überprüfen.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) weist seinerseits darauf hin, dass die Hydranten des Versorgungsnetzes regelmäßig gespült werden, was eine übliche Praxis bei der Instandhaltung der Trinkwasserinfrastruktur ist.

Die punktuelle Änderung des Gemeindehaushalts wird schließlich einstimmig angenommen.

11. Genehmigung der Organisation des Musikschulunterrichts für das Schuljahr 2026/2027.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt die Organisation des Musikschulunterrichts für das Schuljahr 2026/2027 vor. Bei dieser Gelegenheit, dankt sie dem Koordinator der Musikschule, Herrn Frank Wagner, herzlich für seine organisatorische Arbeit. Sie betont, wie komplex diese

Aufgabe sei, da Unterrichtszeiten, Räume, Lehrkräfte, Instrumente sowie Schülerinnen und Schüler aufeinander abgestimmt werden müssten.

Anschließend erklärt sie, dass die Gesamtkosten für die Gemeinde trotz eines geringfügig niedrigeren, von der Musikschule in Rechnung gestellten Stundensatzes steigen. Dies sei vor allem auf die landesweite Reform des Musikunterrichts zurückzuführen, die schrittweise in Kraft trete. Künftig beginnen alle Kinder bereits im ersten Grundschuljahr gleichzeitig mit der Musiktheorie („Solfège“) und dem Instrumentalunterricht. Bislang begann der Instrumentalunterricht in der Regel später. Diese Änderung führt automatisch zu einem Anstieg der Zahl an gleichzeitigen Anmeldungen.

Die Reform sieht zudem eine Verkürzung der Ausbildung in der Musiklehre („Solfège“) vor. Während der grundlegende Ausbildungsgang bislang sechs Jahre dauerte, wird er künftig nach fünf Jahren abgeschlossen. Diese Umstrukturierung hat jedoch besondere Auswirkungen auf Strassen: Während bestimmte Stufen der Musiklehre (Solfège) zuvor in anderen Gemeinden besucht wurden, ist die Nachfrage inzwischen so groß geworden, dass die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse vor Ort gerechtfertigt ist.

Das Gesamtunterrichtsvolumen steigt somit von 11.385 auf 12.525 Minuten pro Woche. Die jährlichen Kosten für die Schulorganisation belaufen sich auf 1.442.684 Euro im Vergleich zu etwa 1,3 Millionen Euro im Vorjahr. Schöffin Anne Arend (CSV) weist jedoch darauf hin, dass der Staat etwa 60 % dieser Ausgaben erstattet durch Zuschüsse für den Musikunterricht, die den Gemeinden gewährt werden

Was die Teilnehmerzahlen angeht, so stieg die Zahl der in Gruppenkursen für Musiklehre (Solfège) eingeschriebenen Schüler von 224 auf 264. Die Zahl der Schüler die Einzelunterricht für ein Instrument erhalten stieg von 307 auf 347. Insgesamt wurden 611 Anmeldungen verzeichnet, wobei einige Schüler natürlich sowohl für Musiklehre als auch für ein Instrument angemeldet sind. Die beliebtesten Instrumente sind nach wie vor Klavier, Gitarre und Schlagzeug. Schöffin Anne Arend (CSV) fordert die Familien übrigens dazu auf, sich stärker hin zu

Blechblasinstrumenten zu orientieren, da diese später die Reihen der örtlichen Blaskapelle verstärken können.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont, dass die Musikschule eine echte zweite Säule der Bildung in der Gemeinde darstellt. Mit mehr als 600 Anmeldungen und einem Budget von über 1,4 Millionen Euro hält er dies für eine hohe, aber voll und ganz gerechtfertigte Investition.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich dem Dank an Herrn Frank Wagner an und hebt die Qualität der von der Musikschule geleisteten Arbeit hervor. Sie freut sich über die steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die sich mit Musik beschäftigen, und betont die Bedeutung dieser Ausbildung für das lokale Vereinsleben, insbesondere für die Blaskapelle von Strassen, die auf diesen musikalischen Nachwuchs zurückgreifen kann.

Sie erinnert zudem an den Erfolg der Musikveranstaltung für Kinder, die in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Fanfare Stroossen, den Stroossener Music-Kids und den Hueflachspatzen Strassen stattfand. Alle drei Vorstellungen waren ausverkauft und fanden großen Anklang beim Publikum. Ihrer Ansicht nach ist dieser Erfolg ein konkreter Beweis dafür, dass es sinnvoll ist, diese Mittel in den Musikunterricht zu investieren und er ist ein Beleg dafür, dass Musik ein wesentlicher Faktor für Entfaltung, sozialen Zusammenhalt und Bildung ist.

Die Organisation des Musikschulunterrichts für das Schuljahr 2026/2027 wird einstimmig genehmigt.

12. Schulangelegenheiten:

a) Verabschiedung der vorläufigen Schulorganisation für das Schuljahr 2026/2027, des PDS (Schulentwicklungsplan) 2024-2027 und des PEP (Plan für die außerschulische Betreuung)

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt zunächst die vorläufige Schulorganisation für das Schuljahr 2026/2027 vor. Sie weist darauf hin, dass die offizielle Berechnung des Kontingents für die Gemeinde bei 1.395 Wochenstunden liegt, dies auf der Grundlage einer geschätzten Gesamtzahl von 732,5 Schülern.

Die Organisation sieht insgesamt 50 Klassen vor: fünf Klassen im Bereich Früherziehung, zwölf Klassen im Zyklus 1, sechs Klassen im Zyklus 2.1, fünf im Zyklus 2.2, sechs im Zyklus 3.1, sechs im Zyklus 3.2, fünf im Zyklus 4.1 und fünf im Zyklus 4.2. Diese Aufteilung entspricht 1.366 Wochenstunden, wodurch noch 29 Stunden für pädagogische Fördermaßnahmen zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Organisation müssen zudem sechs zusätzliche Stellen für Lehrkräfte für das kommende Schuljahr geschaffen werden.

Anschließend geht Schöffin Anne Arend (CSV) auf die Leitlinien des Schulentwicklungsplans (PDS) 2024-2027 ein, der nun in sein letztes Umsetzungsjahr geht, bevor ein neues Programm ausgearbeitet wird. Unter den Neuerungen hebt sie ein im Rahmen der UNESCO-Schule entwickeltes Projekt hervor: Alle Schüler erhalten künftig ein einheitliches Klassenheft in den Farben der Schule. Es geht darum, die Selbstständigkeit der Kinder zu stärken und sie zu ermutigen, ihre täglichen Aufgaben und Pflichten trotz der zunehmenden Verbreitung digitaler Hilfsmittel selbst einzutragen.

Die pädagogischen Ziele des PDS konzentrieren sich weiterhin auf drei wesentliche Schwerpunkte: die Entwicklung ethischer Intelligenz durch die Vermittlung universeller Werte, Umweltbildung, Gesundheitserziehung und Förderung körperlicher Aktivität; die Entwicklung sozialer Kompetenzen, insbesondere Empathie, Zusammenarbeit und Teamarbeit; und schließlich die Entwicklung emotionaler Intelligenz, um den Kindern zu helfen, besser mit ihren Gefühlen und Frust umzugehen und ihren Beziehungen zu anderen besser zu gestalten.

Die bereits bestehenden Projekte werden weitergeführt. Insbesondere diejenigen im Zusammenhang mit den Programmen LASEP und MUSEP, der Schulbibliothek, sportlichen Aktivitäten, Bildungsreisen und Maßnahmen zur Sensibilisierung für gesunde Ernährung. Schöffin Anne Arend (CSV) hebt zudem die Fortschritte bei der Zusammenarbeit zwischen der Grundschule und der „Maison Relais“ hervor. Diese Zusammenarbeit funktioniert mittlerweile sehr gut im Zyklus 1 und im Zyklus 4 und verbessert sich schrittweise auch in den anderen Zyklen. Sie führt diesbezüglich das Beispiel des pädagogischen Gartenprojekts und des Gewächshauses an, das gemeinsam von der Schule und der „Mai-

son Relais“ entwickelt wurde, um Pflanzen und Gemüse anzubauen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont, dass die Schülerzahl in der Grundschule seit mehreren Jahren bemerkenswert stabil bleibt. Trotz demografischer Veränderungen schwankt die Schülerzahl regelmäßig zwischen 700 und 740 Schülern, was es der Gemeinde ermöglicht, eine relativ konstante Organisation aufrechtzuerhalten.

Die vorläufige Schulorganisation, der Schulentwicklungsplan PDS 2024-2027 und der Plan für die außerschulische Betreuung PEP werden einstimmig verabschiedet.

b) Punktuelle Änderung des Reglements über Schulbeihilfen

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt anschließend eine punktuelle Änderung des Gemeindereglements über Schulbeihilfen vor. Sie erläutert, dass der derzeit geltende Text ausdrücklich nur die Sekundar-, technische und Hochschulausbildung erwähnt, während die Berufsausbildungen bei der Ausarbeitung nicht berücksichtigt wurden. In der Praxis gewährte die Gemeinde bereits Beihilfen an Inhaber eines Berufsabschlusses, insbesondere eines DAP, doch war diese Möglichkeit im Reglement nicht eindeutig festgeschrieben. Die Änderung zielt daher darauf ab, den Text mit der seit mehreren Jahren üblichen Praxis in Einklang zu bringen.

Das neue Reglement umfasst somit alle derzeit anerkannten Bildungsgänge, einschließlich der Berufsausbildungen, der internationalen Schulen und der verschiedenen Zweige des Sekundarunterrichts. Schöffin Anne Arend (CSV) weist darauf hin, dass die Beihilfen unabhängig davon gewährt werden, ob es sich bei der besuchten Einrichtung um eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung handelt.

Sie nutzt die Gelegenheit, um Frau Liliana Amado Dias vom Einwohneramt zu danken, die für die administrative Bearbeitung der Anträge auf Schulbeihilfen zuständig ist. Außerdem nennt sie einige Statistiken, die die wachsende Bedeutung dieser kommunalen Unterstützung verdeutlichen. Die ausgezahlten Beträge stiegen von

rund 104.000 Euro im Schuljahr 2021/2022 auf 128.000 Euro im Schuljahr 2022/2023, dann auf 118.000 Euro im Schuljahr 2023/2024, bevor sie im Schuljahr 2024/2025 133.375 Euro erreichten.

Insgesamt wurden im letzten Schuljahr 634 Anträge bearbeitet. Darunter waren 374 Anträge für Schüler der Sekundarstufe, 71 für den Erwerb eines Sekundar- oder Berufsabschlusses, 134 für Studienjahre und 55 für den Erwerb eines Hochschulabschlusses - Bachelor, Master oder Doktorgrad.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) merkt an, dass das BTS in der Verordnung nicht ausdrücklich erwähnt wird. Schöffin Anne Arend (CSV) räumt dieses Versäumnis ein und erklärt, dass dieser Bildungsgang in die Liste der berücksichtigten Abschlüsse aufgenommen werden müsse.

Die Änderung des Reglements über die Schulbeihilfen wird einstimmig angenommen.

c) Ernennungen auf der 1. Liste des MENJE (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

13. Mobilität und Verkehr:

a) Genehmigung des Nachtrags Nr. 23 zur Allgemeinen Verkehrsordnung

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) erklärt, dass der Nachtrag Nr. 23 zur Allgemeinen Verkehrsordnung vom Gemeinderat bereits in der Sitzung vom 18. Dezember des Vorjahres genehmigt worden war. Bei der Prüfung der Unterlagen durch die zuständigen Behörden wurde jedoch ein Verwaltungsfehler festgestellt.

Das Ministerium lehnte die Genehmigung des Reglements ab, da eine Bushaltestelle an der alten Straße in der Nähe der ING-Filiale um etwa fünfzehn Meter verlegt worden war, ohne dass zuvor die erforderliche Genehmigung bei der Straßenbaubehörde eingeholt worden war. Dieses Versäumnis führte zur formellen Nichtigerklärung des Nachtrags.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) stellt klar, dass es sich lediglich um ein verfahrensrechtliches und

formales Problem handele. Der Inhalt des Reglements bleibe unverändert, und bei den bereits beschlossenen Verkehrsmaßnahmen würden es zu keinerlei weiteren Änderungen kommen. Der Gemeinderat werde lediglich aufgefordert, den Nachtrag erneut zu genehmigen, um die verwaltungsrechtliche Situation ordnungsgemäß zu regeln.

Der Nachtrag Nr. 23 zur Allgemeinen Verkehrsordnung wird einstimmig angenommen.

b) Bestätigung mehrerer zeitlich befristeter Verkehrsreglements

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) legt dem Gemeinderat mehrere zeitlich befristete Verkehrsreglements zur Bestätigung vor. Es gibt hierzu keine Fragen oder Anmerkungen seitens der Mitglieder des Gemeinderats. Die zeitlich befristeten Verkehrsreglements werden einstimmig bestätigt.

14. Urbanismus:

a) Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des PSZAE

Im Rahmen des Verfahrens zum PSZAE (Sektorieller Plan für Gewerbegebiete) ist der Gemeinderat aufgefordert, eine Stellungnahme zur Umwidmung eines Gebiets südöstlich von Strassen auf der anderen Seite der Autobahn abzugeben. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass nach den geltenden Vorschriften die Erschließung dieses Gebiets die Gründung eines Zweckverbands mehrerer Gemeinden, insbesondere unter Beteiligung der Stadt Luxemburg, erfordern würde. Dieses Verfahren wird als aufwendig, wenig geeignet und in der Praxis schwer umsetzbar angesehen.

Die vorgeschlagene Lösung sieht vor, dieses Gebiet in ein spezifisches nationales Gewerbegebiet unter staatlicher Zuständigkeit zu integrieren. Das Ministerium würde dann die Planung und den Bau der Infrastruktur übernehmen, während die Gemeinde weiterhin ein Mitspracherecht bei der Ausrichtung des Projekts behalten würde. Angestrebt wird ein Technologiezentrum, „Tech Hub“ genannt, das

Tätigkeiten aus den Bereichen Digitalisierung und Innovation vorbehalten sein soll.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) stellt die Frage nach dem Energiebedarf und den für ein solches Projekt erforderlichen Ressourcen, insbesondere was Strom und Wasser angeht, angesichts der Unternehmen aus dem Digital- und IT-Bereich, die sich dort ansiedeln könnten. Der Bürgermeister antwortet, dass es noch nicht möglich sei, diesen Bedarf genau abzuschätzen, da noch keine konkreten Aktivitäten festgehalten worden seien. Er weist jedoch darauf hin, dass in der Nähe bereits umfangreiche Strominfrastrukturen vorhanden seien und dass die erforderlichen Kapazitäten zum Zeitpunkt der tatsächlichen Erschließung des Gebiets analysiert werden müssten.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) unterstreicht die strategische Bedeutung dieses Projekts für die Zukunft der Gemeinde. Seiner Ansicht nach könnte diese Ausrichtung dazu beitragen, die Identität von Strassen im Bereich neuer Technologien, Cybersicherheit und Innovation zu stärken und sich gleichzeitig in die nationalen Strategien zur digitalen Entwicklung einzufügen.

Der Bürgermeister weist jedoch darauf hin, dass das Projekt auf lange Sicht angelegt ist. Erste Umsetzungen sind erst in einigen Jahren vorgesehen, und vor einer konkreten Erschließung des Geländes sind noch zahlreiche vorgelagerte Verfahren zu durchlaufen.

Die Stellungnahme wird einstimmig angenommen.

b) Einleitung des Verfahrens zur punktuellen Änderung des PAG „Centre – Police“ sowie zur punktuellen Änderung des PAP QE

Im Rahmen einer punktuellen Änderung des Allgemeinen Bebauungsplans PAG „Centre – Police“ sowie des Teilbebauungsplans PAP „Quartier Existant“ prüft der Gemeinderat zwei Anpassungen der Flächennutzungsklassifizierung, die Grundstücke im Zentrum von Strassen betreffen. Die erste betrifft das Grundstück der ehemaligen Apotheke und die angrenzenden Parzellen. Die Gemeinde möchte den angrenzenden Parkplatz das neu zu erschließende

Gebiet („Nouveau Quartier“) einbeziehen, um eine künftige kohärente Neugestaltung des gesamten Areals zu ermöglichen. Gleichzeitig wird ein Grundstück, das einer benachbarten Familie gehört, in „Quartier existant“ umgewidmet, entsprechend dem Wunsch des Eigentümers, der es als Garten behalten möchte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt, warum der Status als neu zu erschließendes Gebiet („Nouveau Quartier“) für die Grundstücke der Apotheke beibehalten wird. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass diese Einstufung mehr Flexibilität für die künftige Planung des Geländes biete und eine umfassende Neugestaltung dieses strategisch wichtigen Bereichs im Zentrum der Gemeinde erleichtere. Er fügt hinzu, dass in diesem Zusammenhang auch die Gestaltung der benachbarten Kreuzung überdacht werden könne um diesen Bereich für Anwohner und Geschäfte attraktiver zu gestalten.

Was das Grundstück des derzeitigen Polizeikommissariats betrifft, soll mit der Änderung eine Überlagerung planungsrechtlicher Bestimmungen beseitigt werden, die bestimmte Baumaßnahmen derzeit verhindert. Durch die Zuordnung zum PAP „Quartier Existant“ werden insbesondere Erweiterungen oder Nebengebäude möglich, ohne dass hierfür ein Verfahren für einen PAP „Nouveau Quartier“ durchlaufen werden muss.

Die punktuelle Änderung des PAG und des PAP wird einstimmig angenommen.

c) Genehmigung des PAP „Rue des Carrières“

Anschließend befasst sich der Gemeinderat mit dem PAP „Rue des Carrières“, der bereits in einer früheren Sitzung vorgestellt wurde. Es kam zu einer Änderung in diesem Dossier nachdem eine auf dem Gelände vorhandene Villa unter Denkmalschutz gestellt worden war. Das Vorhaben sieht nun den Bau von 18 Einfamilienhäusern und zwei Mehrfamilienhäusern mit maximal 17 Wohnungen vor, was insgesamt 35 Wohneinheiten entspricht. Die Gebäudehöhe ist auf zweieinhalb Stockwerke begrenzt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) ist der Ansicht, dass die durch den Denkmalschutz der Villa erforderlichen

Anpassungen letztendlich die städtebauliche Qualität des Projekts verbessert haben. Die denkmalgeschützte Villa kommt weiterhin angemessen zur Geltung, die Gebäude sind besser über das Grundstück verteilt, und ein offenes Wasserrückhaltebecken sorgt dafür, dass eine große Freifläche erhalten bleibt. Zudem werde angestrebt, den Abtransport von Erdaushub möglichst zu begrenzen, indem die ausgehobene Erde direkt auf dem Gelände wiederverwendet wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) äußert jedoch Bedenken hinsichtlich des Verfahrens zum Denkmalschutz der Villa und verweist darauf, dass der offizielle Erlass zur Einstufung als Denkmal noch nicht endgültig verabschiedet sei. Der Bürgermeister erklärt, dass Gespräche mit den Verantwortlichen des INPA stattgefunden hätten, in denen mündlich bestätigt wurde, dass die Verabschiedung des PAP trotz des aktuellen Standes des Verfahrens fortgesetzt werden könne.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) begrüßt den Erhalt der Villa im Rahmen des Projektes und nennt verschiedene Möglichkeiten für eine künftige Nutzung, falls sich kein privater Käufer für das Gebäude finden sollte, beispielsweise als Nachbarschaftszentrum oder Künstlerresidenz. Der Bürgermeister zeigt sich offen für weitere Überlegungen zur künftigen Nutzung des Gebäudes, sollte sich dies als notwendig erweisen.

Der PAP „Rue des Carrières“ wird einstimmig angenommen.

d) Verabschiedung der Vereinbarung im Rahmen des PAP „Route d’Arlon – Rue des Carrefours“

Schließlich genehmigt der Gemeinderat die Durchführungsvereinbarung zum PAP „Route d’Arlon – Rue des Carrefours“. Im Rahmen dieses Projektes sollen 15 Wohnungen auf einem Grundstück von 17,88 Ar gebaut werden. Die Vereinbarung legt die Modalitäten für die Errichtung der öffentlichen Infrastruktur fest: Straßenbau, Versorgungsnetze, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Gestaltung der öffentlichen Räume. Der Bauträger muss zudem eine Bankbürgschaft in Höhe von rund 430.000 Euro vorlegen und innerhalb von höchstens zwanzig Monate nach Genehmigung der Vereinbarung mit den Arbeiten beginnen.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) bedauert die Gerüchte über ein mögliches Verschwinden des italienischen Geschäfts „Mercato“, das derzeit auf dem Gelände ansässig ist. Er unterstreicht dessen Bedeutung für das lokale Leben und für die italienische Gemeinschaft in Strassen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt diese Einschätzung, weist jedoch darauf hin, dass es sich um ein Privatgrundstück handelt und die Gemeinde nicht direkt in die Entscheidungen des Eigentümers eingreifen kann. Er stellt zudem klar, dass die im PAP vorgesehene neue Straße keine Durchgangsstraße sein wird, sondern lediglich eine lokale Zufahrt zum künftigen Stadtteil.

Die Durchführungsvereinbarung wird einstimmig angenommen.

15. Personalangelegenheiten:

a) Beschluss über die Streichung einer Reihe von Stellen innerhalb der Gemeindeverwaltung

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes Personalangelegenheiten nimmt der Gemeinderat eine Aktualisierung des Organigramms der Gemeindeverwaltung vor. Mehrere Stellen, die überflüssig geworden sind oder künftig nicht mehr besetzt werden, werden gestrichen. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass im Laufe der Jahre zahlreiche Stellen geschaffen worden seien, ohne dass es jemals zu Streichungen gekommen sei, selbst wenn sie nicht neu besetzt wurden. Diese „Bereinigung“ zielt daher darauf ab, das Organigramm an die tatsächliche Realität der Dienststellen anzupassen.

Die meisten Streichungen betreffen ehemalige Stellen für Erzieher in der „Maison Relais“. Diese Stellen stammten noch aus der Zeit, als die Gemeinde den Aufbau dieser Einrichtung selbst übernahm, bevor sie feststellte, dass deren Umfang eine andere Art der Organisation erforderte. Auch in der Dienststelle Kultur und Öffentlichkeitsarbeit sowie im technischen Dienst werden mehrere Stellen gestrichen, insbesondere solche, die sich auf frühere Verwaltungslaufbahnen beziehen, die nicht mehr mit der aktuellen Organisation der Dienststellen in Einklang stehen oder durch andere

Dienstgrade ersetzt wurden. Die zuvor von Frau Deborah Bauer in einer C1-Laufbahn besetzte Stelle wird ebenfalls gestrichen, nachdem sie in die B1-Laufbahn umgestuft wurde.

Der Bürgermeister präzisiert, dass bestimmte freie Stellen beibehalten werden, um bei Bedarf künftige Einstellungen zu ermöglichen, während andere endgültig aus dem Organigramm gestrichen werden. Diese Aktualisierung wird als verwaltungstechnische Anpassung dargestellt, die die tatsächliche Personalsituation der Gemeinde widerspiegeln soll.

Die Streichung dieser Stellen wird einstimmig beschlossen.

b) Schaffung einer Stelle für einen Arbeiter mit manuellen Tätigkeiten für den Bedarf des kommunalen Regiebetriebs

Anschließend befasst sich der Gemeinderat mit der Schaffung einer neuen Stelle für einen Arbeiter zur Verstärkung des Teams „Gebäude“ des kommunalen Regiebetriebs. Eingestellt wird ein qualifizierter Handwerker, ein Tischler, um den wachsenden Anforderungen bei der Instandhaltung und Verwaltung des kommunalen Immobilienbestands gerecht zu werden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet, dass diese Schaffung im aktualisierten Organigramm deutlich sichtbar gemacht wird. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass den Gemeinderäten eine korrigierte Fassung übermittelt werde, damit alle Änderungen im Referenzdokument sichtbar seien.

Die Schaffung der Stelle wird einstimmig beschlossen.

c) Ernennung für die Stelle eines Gemeindemitarbeiters für die Dienststelle „Interkulturelles Zusammenleben“ (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

d) Beschluss über die endgültige Ernennung eines Gemeindebeamten (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Unter diesem Tagesordnungspunkt teilt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) dem Gemeinderat mit, dass die Termine für das Großprojekt am 9. Juli und die Gemeinderatssitzung am 16. Juli möglicherweise an den europäischen Spielplan des FC UNA Strassen angepasst werden müssen. Der Verein bestreitet erneut eine europäische Saison, und auch die U19-Mannschaft, die kürzlich Meister wurde, wird an einem europäischen Wettbewerb teilnehmen. Der Bürgermeister gratuliert dem Verein zu diesen Erfolgen und betont, wie stolz die Gemeinde darauf ist.

Gemeinderat Dan Thein (DP) erkundigt sich nach der weiteren Verwendung der Sitze aus dem alten Stadion. Er schlägt vor, diese in den neuen Sportanlagen wiederzuverwenden oder sie für ein Projekt im Bereich Kulturerbe oder Vereinsarbeit zu nutzen. Der Bürgermeister erwidert, dass eine anderweitige Nutzung bereits vorgesehen sei und dass sie nicht einfach entsorgt würden.

Gemeinderat Jean Claude Roob (LSAP) weist darauf hin, dass sich zahlreiche Personen auf den Liegewiesen des Schwimmbads Les Thermes aufhalten, ohne unbedingt die Badeeinrichtungen zu nutzen. Der Bürgermeister erinnert daran, dass für die Anlage eine streng geregelte Höchstbesucherzahl gilt, die nicht überschritten werden darf. An stark frequentierten Tagen besuchen bereits mehr als 1.500 Personen die Anlage. Zudem kündigt er die Einführung eines Online-Reservierungssystems an. Damit können die Besucher ihre Eintrittskarten im Voraus kaufen und über einen Schnellzugang direkt ins Schwimmbad gelangen, wodurch die Warteschlangen verkürzt werden sollen.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) äußert Bedenken hinsichtlich des Risikos, dass Personen Tickets reservieren, ohne dann zu erscheinen. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde die Situation aufmerksam verfolgen und das System bei Bedarf anpassen werde. Er erwähnt zudem die Möglichkeit, in Zukunft ein dynamisches Preissystem einzuführen, auch wenn diese Idee derzeit bei den zuständigen Behörden nicht auf einhellige Zustimmung stößt.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) weist auf die Schwierigkeiten hin, die an Tagen mit hohem Besucherandrang

im Schwimmbad Les Thermes auftreten. Sie erklärt, dass es regelmäßig zu Sicherheitsproblemen komme, insbesondere durch unbefugtes Eindringen, das Klettern über Zäune und unangemessenes Verhalten. Um die Überwachung zu verstärken, wurden an den betreffenden Wochenenden zwei zusätzliche Hundestaffeln eingesetzt, was für die Gemeinde zusätzliche Kosten verursacht.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) berichtet anschließend über die Bedenken des Försters angesichts der steigenden Zahl nicht angeleierter Hunde in den Wäldern von Strassen. Einige Hunde jagten Wildtiere und könnten zudem andere Waldbesucher belästigen. Er erinnert daran, dass bereits eine Leinenpflicht bestehe, und fordert entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen. Der Bürgermeister erwidert, dass eine Informationskampagne und zusätzliche Beschilderung in Betracht gezogen werden könnten.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) beglückwünscht zunächst das Gartenbauamt für die Qualität der in der Gemeinde realisierten Blumenbepflanzungen aus. Dank der Vielfalt der Bepflanzungen und der Verschönerung der öffentlichen Räume werde Strassen von Jahr zu Jahr attraktiver.

Anschließend kommt sie auf die Abschaffung des für Frauen reservierten Zeitfensters im Saunabereich der „Thermes“ zurück. Sie verweist auf eine Petition und mehrere eingegangene Schreiben und ist der Ansicht, dass dieses reservierte Zeitfenster einem echten Bedürfnis vieler Nutzerinnen entsprach, insbesondere aus Gründen des Wohlbefindens, des Wunsches nach einer geschützten Atmosphäre oder des kulturellen Hintergrunds. Ihrer Ansicht nach stellen vier Stunden pro Woche, die Frauen vorbehalten sind, keine übermäßige Einschränkung für die anderen Nutzer dar und tragen zum Wohlbefinden zahlreicher Besucherinnen bei.

Der Bürgermeister erklärt, dass er diese Einschätzung weitgehend teile. Er erinnert daran, dass er bereits

Vorbehalte gegen die Abschaffung dieses Zeitfensters geäußert habe, und stellt klar, dass die Angelegenheit noch nicht abschließend geklärt sei. Auch er ist der Ansicht, dass die Beibehaltung einiger Stunden, die ausschließlich Frauen vorbehalten sind, kein größeres Problem darstellen würde, und sagt, dass die Überlegungen fortgesetzt würden.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) weist anschließend darauf hin, dass am 30. April in mehreren Vierteln der Gemeinde zahlreiche Valorlux-Säcke nicht abgeholt wurden. Wegen des Windes habe sich viel Müll im öffentlichen Raum verteilt. Sie bittet außerdem um Informationen zu den Vorrichtungen, die zum Aufhängen der Recycling-Säcke installiert wurden. Der Schöffenrat bestätigt, dass diese Systeme ordnungsgemäß funktionieren und dass sie auf weitere Standorte ausgeweitet werden könnten.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) weist außerdem auf die Bauarbeiten in der Nähe der Saint-Exupéry-Schule hin. Sie bedauert, dass ein Lastwagen zum Zeitpunkt des Schulschlusses in einem stark frequentierten Durchgangsbereich abgestellt war und dadurch Schülerinnen und Schüler sowie Eltern beim Passieren dieser Stelle erheblich behindert wurden. Der Bürgermeister erklärt, dass dieser Hinweis an die Verantwortlichen der Baustelle weitergeleitet werde.

Schließlich spricht Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) die Parkplatzprobleme an, die bei einem Fußballspiel im neuen Sportkomplex auftraten. Zahlreiche Fahrzeuge waren vor dem Jugendzentrum geparkt, sodass der mögliche Zugang für Rettungsdienste erschwert wurde.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass die Situation bei Großveranstaltungen weiterhin angespannt ist, weist jedoch darauf hin, dass in Kürze ein neuer Parkplatz in Betrieb genommen werden soll und dass das Leitsystem zu den freien Parkplätzen schrittweise verbessert wird.

Séance du conseil communal du 04 juin 2026

ORDRE DU JOUR

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 16.04.2026.
2. Approbation de l'état des restants de l'année 2025.
3. Adoption du devis estimatif relatif au projet LOFT et SERRE.
4. Approbation du devis estimatif relatif à une aire de jeux inclusive.
5. Fixation de la redevance relative à la participation aux cours de formation PROVELO.
6. Approbation d'une convention avec la société LUXREPOWER.
7. Associations locales :
 - a) Allocation des subsides ordinaires 2025/2026
 - b) Allocation d'un subside extraordinaire au VCS
8. Approbation de plusieurs actes notariés.
9. Adoption d'une série de contrats de mise à disposition de jardins communaux.
10. Modification ponctuelle du budget communal.
11. Approbation de l'organisation scolaire musicale pour l'année 2026/2027.
12. Affaires scolaires
 - a) Adoption de l'organisation scolaire provisoire pour l'année 2026/2027, du PDS 2024-2027 et du PEP
 - b) Modification ponctuelle du règlement relatif aux subsides scolaires.
 - c) Nominations sur la 1. Liste du MENJE (huis clos)
13. Mobilité et circulation :
 - a) Approbation de l'avenant n° 23 au règlement général de circulation
 - b) Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation
14. Urbanisme :
 - a) Formulation d'un avis dans le cadre du PSZAE
 - b) Mise en procédure de la modification ponctuelle du PAG « Centre – Police » ainsi que de la modification ponctuelle du PAP QE
 - c) Approbation du PAP « rue des Carrières »
 - d) Adoption de la convention dans le cadre du PAP « route d'Arlon- rue des Carrefours »
15. Affaires de personnel :

- a) Décision portant sur la suppression d'une série de postes au sein de l'administration communale.
- b) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle pour les besoins du service de régie communal.
- c) Nomination à un poste d'employé communal pour le service du vivre-ensemble (huis clos)
- d) Décision portant sur la nomination définitive d'un fonctionnaire communal (huis clos)

16. Divers.

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENT (EXCUSÉ)

Marc Fischer (DP), membre du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la séance et souhaite la bienvenue aux membres du conseil communal. Il informe ensuite le conseil que le conseiller Marc Fischer (DP) est excusé et absent pour cette séance et que le conseiller Daniel Thein (DP) dispose du droit de vote à sa place.

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 16.04.2026.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre le premier point de l'ordre du jour consacré à l'approbation du procès-verbal de la séance du 16 avril 2026. Aucune remarque ni observation n'est formulée par les membres du conseil communal.

Le procès-verbal est dès lors approuvé sans opposition et transmis pour signature.

2. Approbation de l'état des restants de l'année 2025.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente l'état des restants pour l'exercice 2025. Elle précise tout d'abord qu'un document récapitulatif de l'ensemble des taxes communales, avec les dates et les règlements correspondants, a été préparé et transmis aux conseillers communaux.

Concernant l'état des restants, elle remercie le receveur communal Monsieur Marc Feider, présent à la séance, ainsi que son équipe pour leur travail. Elle souligne que la commune de Strassen affiche une situation particulièrement saine. Les montants actualisés présentés tiennent compte de plusieurs paiements intervenus depuis l'envoi initial des documents aux conseillers.

Pour l'exercice 2025, le montant total des restants s'élève à 23 734,01 euros. Sur cette somme, 19 797,28 euros font encore l'objet de procédures de recouvrement, tandis qu'une décharge est proposée pour un montant total de 3 936,73 euros. À titre de comparaison, l'année précédente, le total des restants atteignait environ 76 000 euros au moment du premier envoi du fichier.

L'échevine Anne Arend explique qu'une part importante des montants à décharger concerne un ancien locataire d'un logement communal aujourd'hui décédé, ce qui rend le recouvrement impossible. Les autres décharges concernent essentiellement de petites créances liées à des personnes qui ne peuvent plus être localisées. Elle ajoute que près de 10 000 euros des créances encore en recouvrement se concentrent sur cinq débiteurs principaux, parmi lesquels figurent notamment certains établissements de restauration et une résidence faisant actuellement l'objet de démarches judiciaires.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue la qualité du document présenté ainsi que les explications fournies. Elle souligne qu'il s'agit d'un des états des restants les plus clairs et détaillés examinés par le conseil communal et félicite l'administration communale pour les excellents résultats obtenus, particulièrement remarquables pour une commune de la taille de Strassen.

Le conseil communal approuve l'état des restants de l'année 2025 à l'unanimité.

3. Adoption du devis estimatif relatif au projet LOFT et SERRE.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente le devis relatif aux projets SERRE et LOFT, deux initiatives développées dans le cadre des activités de la Maison Relais.

Concernant la serre pédagogique, il rappelle qu'elle est déjà installée dans le jardin pédagogique pour enfants « Kannergaart » et que son coût s'élève à 51 660 euros, conformément aux prévisions initiales. Cette infrastructure s'inscrit dans un projet éducatif porté avec beaucoup d'engagement par les équipes de la Maison Relais. Une journée portes ouvertes est d'ailleurs prévue afin de permettre au public de découvrir la serre, le jardin et les différents projets pédagogiques associés.

Le deuxième volet concerne le projet LOFT, conçu comme un lieu d'accueil et d'accompagnement destiné aux enfants, aux jeunes et à leurs familles. Ce service s'adresse aux jeunes de 0 à 18 ans et doit offrir à la fois un espace de rencontre, de conseil et d'activités. Deux membres du personnel de la Maison Relais sont chargés de son fonctionnement. À la suite d'une procédure de consultation, l'entreprise ALHO a présenté l'offre la plus avantageuse pour la réalisation du bâtiment, pour un montant de 269 391 euros.

À ce coût s'ajoutent 97 333 euros pour les raccordements aux réseaux ainsi que pour diverses infrastructures techniques, notamment l'alimentation en eau, l'assainissement, l'électricité et l'installation d'un tableau électrique permettant également d'alimenter d'éventuelles activités extérieures. Le coût total des 2 projets s'élève ainsi à 418 385 euros. Le futur bâtiment LOFT sera implanté en face du jardin pédagogique, créant un pôle regroupant plusieurs projets éducatifs et pédagogiques de la Maison Relais.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle les discussions menées au sein de la commission d'aménagement concernant l'implantation du bâtiment. Elle s'interroge sur la possibilité de prévoir une extension

future du site et évoque également une demande formulée par des habitants du quartier concernant le chemin piétonnier reliant la cité voisine au site. Selon elle, il serait opportun de profiter des travaux pour sécuriser davantage ce parcours et éviter que les usagers ne débouchent directement sur le parking.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la question de la liaison piétonne pourra être examinée. Il précise par ailleurs que, selon les plans actuels, le bâtiment du LOFT sera implanté en bordure du terrain, en face de l'entrée du jardin pédagogique.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) revient sur un ancien projet d'aménagement paysager autour des thèmes de l'eau, du feu, de l'air et de la terre. Nico Pundel, bourgmestre (CSV) explique que ce projet avait été suspendu lorsque son coût s'était révélé beaucoup plus élevé que prévu. La commune a alors choisi de concentrer ses efforts sur le développement du jardin pédagogique, de la serre et du futur LOFT.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) souligne également le succès des activités pédagogiques déjà menées avec les enfants, notamment la vente de plantes cultivées dans le jardin lors du marché local. Le bourgmestre confirme que cette initiative a rencontré un bel accueil et constitue un exemple concret du travail réalisé sur le site.

À une question de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) concernant l'utilisation de la serre, Nico Pundel, bourgmestre (CSV), précise qu'il s'agit avant tout d'un projet de la Maison Relais, même si certains enseignants de l'école s'y impliquent également.

Le conseil communal approuve à l'unanimité le devis estimatif de 418 385 euros relatif aux projets LOFT et SERRE.

4. Approbation du devis estimatif relatif à une aire de jeux inclusive.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente le projet d'aire de jeux inclusive, développé en partenariat avec une association issue du Centre pour le développement moteur. Cette collaboration est née du souhait de l'association d'investir des fonds qu'elle ne pouvait plus

utiliser directement pour l'école spécialisée. La commune réalisera l'infrastructure, tandis que l'association participera au financement de plusieurs équipements de jeu grâce à des collectes de fonds toujours en cours. Les jeux financés par l'association porteront une signalisation spécifique rappelant cette contribution.

Les études préparatoires ont été réalisées. Une expertise archéologique a conclu qu'aucune fouille n'était nécessaire. L'écobilan du projet a également été établi. Trois arbres devront être abattus, mais ils seront compensés par la plantation de trois nouveaux arbres sur le site même. Le lancement des travaux est prévu pour le début de l'année suivante.

Plusieurs demandes de subventions ont été adressées aux Ministères des Sports, de l'Éducation nationale, de la Famille, de l'Agriculture ainsi qu'au secteur du tourisme. Toutes ont reçu une réponse négative. Seule l'obtention éventuelle du label « Euro Welcome » d'Info-Handicap est envisagée, mais celui-ci n'apporte aucun soutien financier.

Une attention particulière a été portée aux équipements sanitaires. Le projet prévoit notamment une table de change adaptée aux personnes adultes en situation de handicap. Les premières solutions envisagées auprès d'un fournisseur suisse se sont révélées inadaptées et coûteuses. D'autres fournisseurs, notamment en France ou en Allemagne, proposent désormais des équipements répondant mieux aux besoins pour un coût inférieur. Le coût total du projet est estimé à 1 568 525 euros.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne que cette aire de jeux est conçue pour permettre aux enfants en situation de handicap de jouer avec leurs frères et sœurs et avec tous les autres enfants. Il insiste sur le caractère véritablement inclusif du projet. Selon lui, même une aire de jeux classique de cette ampleur représenterait un investissement comparable. Il estime également que le site est particulièrement bien choisi en raison de la proximité du Centre pour le développement moteur, de la « Kannerklinik », de la logopédie et d'autres structures spécialisées. Il regrette cependant qu'aucun ministère n'ait souhaité soutenir financièrement une initiative qu'il considère comme unique à l'échelle nationale.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) partage l'étonnement suscité par l'absence de subventions et suggère de vérifier à nouveau les aides existantes, notamment dans le cadre des mesures favorisant l'accessibilité et les équipements adaptés. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) confirme que de nouvelles démarches seront entreprises.

Le conseiller Dan Thein (DP) salue un projet appelé à rayonner bien au-delà de Strassen grâce aux nombreuses structures spécialisées présentes sur le site. Il s'interroge sur l'accessibilité du parking pour les personnes à mobilité réduite. Il lui est répondu que des emplacements adaptés sont prévus à proximité immédiate de l'aire de jeux ainsi que des zones permettant le déchargement et la dépose des utilisateurs.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime lui aussi regrettable l'absence de soutien financier de l'État. Il invite le collège échevinal à poursuivre les démarches auprès des ministères concernés. Il souligne que le projet s'inscrit pleinement dans les objectifs du plan communal en faveur de l'inclusion et du handicap. Il s'interroge également sur l'expérience acquise avec les toilettes automatiques déjà installées dans la commune. Le bourgmestre répond que ces équipements fonctionnent globalement bien après quelques ajustements techniques, mais qu'ils ne répondaient pas aux besoins spécifiques liés à l'accueil d'adultes en situation de handicap.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) met en avant le travail approfondi réalisé lors de la conception du projet. Elle souligne que les aménagements ont été pensés pour répondre à une grande diversité de handicaps, y compris l'autisme, afin de favoriser au maximum les interactions entre enfants, familles et accompagnateurs. Elle suggère également de solliciter le Ministère de l'Égalité pour un éventuel soutien. Le bourgmestre indique que la commune continuera à explorer toutes les pistes de financement possibles.

Le devis relatif à l'aire de jeux inclusive est adopté à l'unanimité.

5. Fixation de la redevance relative à la participation aux cours de formation PROVELO.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) présente un projet de cours de formation cycliste destiné aux adultes, organisé en collaboration avec ProVelo. L'objectif est d'aider les personnes qui ne se sentent pas suffisamment à l'aise à vélo à gagner en confiance et à circuler plus sereinement dans le trafic routier.

La formation se déroulera du 5 au 14 octobre et comprendra huit séances de deux heures, organisées en soirée de 18h30 à 20h30. ProVelo mettra à disposition le matériel nécessaire ainsi que les formateurs. La commune devra toutefois assurer le transport et le stockage du matériel pendant la durée de la formation.

Afin de permettre l'organisation de ces cours, il est nécessaire d'adopter une redevance de participation. Le collège échevinal propose de fixer celle-ci à 50 euros par participant. Un minimum de cinq inscriptions est prévu par la commune, même si ProVelo indique habituellement qu'une session n'est organisée qu'à partir de six participants.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remarque que ProVelo facture habituellement 100 euros pour ce type de formation. Maryse Bestgen-Martin précise que la commune prend en charge une partie importante des coûts puisque ProVelo recevra 2 350 euros pour assurer l'ensemble de la formation. La participation demandée aux habitants est donc volontairement réduite afin de favoriser l'accès au cours.

Le conseiller Daniel Thein (DP) demande des précisions sur le montant versé à ProVelo et sur le nombre de participants attendus. Maryse Bestgen-Martin explique qu'il s'agit d'un forfait pour l'ensemble de la formation et qu'il n'existe pas encore d'estimation précise du nombre d'inscrits. Elle souligne toutefois que le projet vise notamment les personnes qui n'osent pas utiliser leur vélo dans la circulation quotidienne et qui souhaitent acquérir davantage d'assurance.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge également sur la possibilité pour des jeunes de participer. Maryse Bestgen-Martin répond que la formation est conçue comme une « école du vélo pour adultes » et que la communication future devra préciser clairement le public visé.

L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle que le point soumis au vote concerne uniquement la fixation de la taxe de participation et non encore les modalités détaillées de l'organisation.

Le conseil communal approuve à l'unanimité la redevance de 50 euros pour la participation aux cours de formation ProVelo.

6. Approbation d'une convention avec la société LUXREPOWER.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente une convention à conclure avec la société LuxRepower (SWIO) concernant l'installation d'une borne de recharge électrique à proximité d'Autopolis. L'emplacement concerné se situe à cheval sur les territoires des communes de Strassen et de Bertrange, ce qui nécessite une convention signée par les deux communes.

Il explique que la société prendra en charge l'ensemble des coûts liés à la borne de recharge. Les communes doivent uniquement mettre l'emplacement à disposition et assurer l'amenée du raccordement électrique jusqu'au site. En raison de la situation de la borne sur les deux territoires communaux, les recettes éventuelles seront partagées entre Strassen et Bertrange.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) souligne que les infrastructures de recharge présentes à Strassen fonctionnent particulièrement bien. Selon les statistiques communiquées par Chargy, les bornes installées sur le territoire communal figurent parmi les plus utilisées du pays. Elle précise notamment que la borne située en face de la commune serait actuellement celle qui enregistre la meilleure fréquentation à l'échelle nationale.

Le conseil communal approuve la convention à l'unanimité.

7. Associations locales :

a) Allocation des subsides ordinaires 2025/2026

L'échevine Anne Arend (CSV) ouvre la discussion sur les subsides ordinaires accordés aux associations locales pour l'exercice 2025/2026 en remerciant

chaleureusement l'ensemble des clubs et associations de Strassen. Elle souligne que ces structures sont essentielles à la vie de la commune : elles favorisent l'intégration, la cohésion sociale, l'esprit d'équipe et les activités culturelles et sportives. Elle mentionne également les nombreux succès obtenus au niveau national. Elle rappelle que tout cela représente un investissement important et justifie le soutien financier communal.

Le budget global consacré aux subsides ordinaires passe cette année de 150 000 à 155 000 euros. La commune déplore cette année la disparition de l'association « Gaart an Heem », qui a cessé ses activités après de nombreuses années d'existence.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique qu'il n'existe toujours pas de clé de répartition automatique. Chaque dossier est analysé individuellement en tenant compte notamment du nombre de membres, de la proportion de jeunes et de locaux, des résultats obtenus, des charges de fonctionnement et de la situation financière de chaque association. La plupart des clubs bénéficient ainsi d'une augmentation comprise entre 2,2 % et 3 %, avec des arrondis afin d'éviter des montants trop précis.

Certaines associations reçoivent toutefois une hausse plus importante. biker.lu voient leur subside augmenter de 12 %, notamment en raison de leur forte implication dans les manifestations communales, comme le marché de Noël, et de leur situation financière relativement fragile.

Le club d'échecs bénéficie d'une augmentation de 17 %. Le club compte désormais 227 membres, dont 195 jeunes de moins de 20 ans et 92 habitants de Strassen. Cette progression constante justifie, selon l'échevine Anne Arend (CSV), un soutien renforcé.

Le Judo Club voit son subside augmenter de 6,5 %. Il compte désormais 314 membres, dont 284 jeunes. L'échevine Anne Arend (CSV) souligne qu'il s'agit désormais du meilleur club de judo du Luxembourg et rappelle qu'il bénéficie déjà d'un soutien spécifique lié à son importante activité auprès des jeunes.

Une autre augmentation concerne le Volleyball Club Stroossen (VCS), dont le subside passe de 14 460 à

16 000 euros, soit une hausse de 10,6 %. Cette décision ne repose pas uniquement sur les résultats sportifs du club, mais également sur son engagement social. Le club développe notamment des activités avec le SNJ, organise des initiatives avec la Maison Relais et prépare le lancement d'une section de volley assis destinée aux personnes en situation de handicap. La commune souhaite soutenir activement ce type de projets.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que les subsides financiers ne représentent qu'une partie de l'aide apportée aux associations. La commune met également à disposition des infrastructures, des salles, des terrains sportifs, du matériel et un accompagnement logistique important. Il souligne que les associations constituent le cœur de la vie communale et que leur soutien reste une priorité.

L'échevine Anne Arend (CSV) signale par ailleurs une correction dans la liste des bénéficiaires : l'intitulé « Foyer de la Femme » doit être remplacé par « Foyer Espoir ».

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) propose de réfléchir à une mise en relation plus systématique entre les entreprises locales et les associations. Il cite l'exemple de certaines communes allemandes qui organisent des rencontres entre acteurs économiques et associatifs afin de favoriser le sponsoring ou d'autres formes de coopération.

Le bourgmestre accueille favorablement cette suggestion. Il indique que la commune prévoit déjà d'organiser une rencontre avec les entreprises locales autour de la plateforme Letzshop et estime qu'il serait pertinent d'y intégrer également la question du soutien aux associations.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'associe aux remerciements adressés aux associations. Elle souligne que Strassen dispose d'un tissu associatif particulièrement riche et dynamique. Selon elle, les responsables d'autres communes sont souvent impressionnés par le niveau d'activité associative observé à Strassen et par les nombreuses initiatives déjà mises en place.

Les subsides ordinaires 2025/2026 sont approuvés à l'unanimité.

b) Allocation d'un subside extraordinaire au VCS

La discussion se poursuit avec l'octroi d'un subside extraordinaire de 15 000 euros au Volleyball Club Stroossen.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que le club, champion du Luxembourg, participera aux qualifications européennes. Cette participation engendre des frais importants, notamment des licences dont le coût total s'élève à environ 15 000 euros. Le club ne disposant pas actuellement des liquidités nécessaires, la commune propose d'avancer cette somme afin de lui permettre de s'inscrire.

Le principe retenu est le même que les années précédentes : le club organisera ensuite sa propre campagne de financement à travers la recherche de sponsors, la vente de billets, la publication de brochures et les recettes liées aux matchs. Une fois la campagne européenne terminée, un décompte financier sera établi et la commune couvrira uniquement l'éventuel déficit restant.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que le Volleyball Club Stroossen réalise actuellement une saison exceptionnelle. Le club a remporté trois titres de champion ainsi que trois coupes. Il dispose également d'une structure de formation particulièrement performante qui a permis l'émergence de plusieurs joueurs et joueuses de haut niveau, dont certains membres des équipes nationales.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) met également en avant l'engagement social du club. Elle rappelle qu'il organise régulièrement des échanges internationaux de jeunes et qu'il a accueilli dès le début de la guerre en Ukraine des joueurs ukrainiens afin de faciliter leur intégration. Le club continue aujourd'hui encore à proposer des activités sportives à des jeunes issus de foyers d'accueil et de structures d'hébergement.

Le subside extraordinaire accordé au Volleyball Club Stroossen est approuvé à l'unanimité.

8. Approbation de plusieurs actes notariés.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente deux actes notariés portant sur des cessions gratuites de terrains à la commune.

Le premier concerne un habitant, qui cède gratuitement à la commune une parcelle d'une superficie de deux centiares situés dans la rue du Kiem.

Le second acte concerne un couple, qui cède également gratuitement une parcelle située dans la rue des Romains, à l'extrémité de la voirie communale.

Aucune question ni remarque n'est formulée par les membres du conseil communal. Les deux actes notariés sont approuvés à l'unanimité.

9. Adoption d'une série de contrats de mise à disposition de jardins communaux.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) présente une nouvelle série de contrats de mise à disposition des jardins communaux. Elle rappelle que la commune dispose actuellement de 25 parcelles sur le site principal ainsi que de plusieurs nouvelles petites parcelles aménagées dans une extension plus récente. Les grandes parcelles sont environ deux fois plus vastes que les petites. Cette année, une vingtaine de jardins ont été attribués à de nouveaux utilisateurs.

La demande reste soutenue. Les habitants peuvent s'inscrire sur une liste d'attente via le site internet communal ou à l'accueil de la mairie. À l'heure actuelle, onze personnes figurent sur cette liste. L'échevine Bestgen-Martin (déi gréng) souligne également que la gestion quotidienne nécessite parfois un suivi individuel, certains jardiniers rencontrant des difficultés ou abandonnant leur parcelle, ce qui entraîne un renouvellement régulier des bénéficiaires.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) s'interroge sur l'accompagnement proposé aux nouveaux jardiniers. Selon lui, certaines personnes obtiennent une parcelle sans nécessairement disposer des connaissances nécessaires pour l'entretenir correctement.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explique que plusieurs pistes ont déjà été envisagées. La commune avait notamment réfléchi à l'organisation de formations ou à la collaboration avec des associations spécialisées. Toutefois, l'intérêt des participants resté limité. Elle observe que les personnes réellement motivées trouvent généralement les informations

nécessaires par elles-mêmes ou en échangeant avec d'autres jardiniers plus expérimentés. Certaines parcelles sont entretenues de manière exemplaire et leurs occupants partagent volontiers leurs connaissances.

Elle rappelle également qu'une rencontre conviviale a été organisée l'année précédente. Les participants avaient été invités à apporter des produits ou des préparations issus de leurs jardins afin de favoriser les échanges. L'ambiance avait été excellente, mais seule une minorité des jardiniers avait participé. Malgré les invitations répétées, il reste difficile de mobiliser l'ensemble des bénéficiaires.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) apporte un retour très positif de la part de nouveaux utilisateurs qu'il connaît personnellement. Ceux-ci ont particulièrement apprécié le fait que la commune prépare entièrement les parcelles avant leur attribution. Les terrains sont remis en état, aménagés et prêts à être cultivés dès leur prise de possession. Il félicite à ce titre les services communaux pour la qualité du travail réalisé.

Il suggère qu'au moment de la remise des parcelles, la commune pourrait éventuellement organiser une rencontre d'accueil ou une présentation afin de favoriser les échanges entre anciens et nouveaux jardiniers. Il reconnaît toutefois que la mise en œuvre pratique d'une telle initiative pourrait être complexe.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) rappelle que la commune a déjà investi dans l'amélioration du site avec l'installation d'abris de jardin et d'équipements complémentaires. L'objectif était précisément de créer davantage de convivialité et d'encourager les contacts entre les utilisateurs. Elle constate cependant que les habitudes, les différences linguistiques ou simplement les disponibilités rendent parfois ces échanges difficiles. Malgré cela, elle estime que le projet fonctionne bien dans son ensemble et que les personnes réellement intéressées trouvent généralement leur place au sein de cette communauté de jardiniers.

Les contrats de mise à disposition des jardins communaux sont approuvés à l'unanimité.

10. Modification ponctuelle du budget communal.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente une modification ponctuelle du budget communal pour l'exercice 2026. Initialement, un boni d'environ 803 000 euros avait été prévu. Après plusieurs ajustements intervenus lors des précédentes séances, ce montant avait été porté à près de 1,95 million d'euros. Les nouvelles modifications soumises au conseil représentent désormais des dépenses supplémentaires de 997 000 euros, tout en maintenant un boni prévisionnel de 955 771 euros.

Une première adaptation concerne l'introduction d'une recette de 1 500 euros liée aux participations financières demandées pour les formations organisées au Haff Schmit. Ce poste n'avait pas été prévu lors de l'élaboration du budget initial, le projet n'étant alors pas encore suffisamment défini.

La principale augmentation budgétaire concerne les primes écologiques accordées aux ménages. Le crédit initial de 300 000 euros est doublé pour atteindre 600 000 euros. L'échevine Anne Arend (CSV) explique que la commune a constaté, au cours des derniers mois, une forte augmentation du nombre de demandes. Selon elle, cette hausse pourrait notamment être liée au traitement accéléré d'anciens dossiers par l'administration compétente. Elle souligne que ce montant pourrait encore s'avérer insuffisant et qu'un nouvel ajustement sera probablement nécessaire lors d'une prochaine modification budgétaire.

Un autre poste concerne les dépenses liées à l'eau dans les bâtiments communaux. Après l'installation de nouveaux compteurs, il est apparu que les anciens systèmes de mesure ne fonctionnaient pas correctement. Certaines consommations n'étaient pas enregistrées de manière fiable, ce qui avait conduit à une sous-estimation des coûts réels. Les nouvelles installations permettent désormais un relevé automatisé et plus précis.

Le budget prévoit également une augmentation de 15 000 euros pour l'achat de vêtements professionnels portant le logo communal. Cette enveloppe servira notamment au renouvellement de polos, vestes et autres équipements. L'échevine Anne Arend (CSV) précise que le personnel féminin a souhaité pouvoir disposer également de tenues noires lors de certains événements, à l'exception des cérémonies de mariage où la tenue blanche reste la règle.

Une correction importante est par ailleurs nécessaire concernant plusieurs bâtiments communaux et logements gérés par la commune. Une erreur de calcul a été identifiée dans la facturation de la consommation énergétique liée à la cogénération pour les exercices 2023 et 2024. Le tarif de l'électricité avait été appliqué au lieu de celui du gaz, entraînant des montants erronés. La commune crée donc un article budgétaire spécifique afin de procéder aux régularisations nécessaires auprès des occupants concernés. Cette erreur a été découverte lors d'un contrôle approfondi réalisé dans le cadre de la réorganisation du service logement.

Le conseiller Daniel Thein (DP) s'interroge également sur le lien éventuel entre l'augmentation des primes écologiques et l'introduction du système de tiers payant pour certaines installations photovoltaïques. L'échevine Anne Arend (CSV) estime que cet élément pourrait jouer un rôle à l'avenir, mais considère que l'augmentation actuelle provient surtout du traitement d'anciens dossiers restés en attente.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) revient sur la question de la consommation d'eau dans les bâtiments communaux et demande si les niveaux observés sont particulièrement élevés. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond qu'aucune consommation excessive n'a été constatée et que les écarts observés s'expliquent principalement par les erreurs de comptage précédemment évoquées.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) suggère également de poursuivre les efforts de sensibilisation à l'économie d'eau dans les bâtiments publics. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle qu'un projet développé dans le cadre du programme « Smart City » vise précisément à permettre un suivi quotidien des consommations d'eau. Le système envisagé pourrait également détecter automatiquement des consommations anormales et signaler d'éventuelles fuites. La mise en œuvre dépend toutefois encore de l'acceptation du projet par les autorités compétentes.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) évoque ensuite une information selon laquelle certains bâtiments communaux feraient régulièrement couler l'eau afin d'éviter la stagnation dans les canalisations. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique ne pas avoir connaissance d'une

telle pratique généralisée, tout en promettant de vérifier cette information auprès des services concernés.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) rappelle de son côté que des opérations de purge sont régulièrement effectuées sur les hydrants du réseau, ce qui constitue une pratique normale d'entretien des infrastructures d'eau potable.

La modification ponctuelle du budget communal est finalement adoptée à l'unanimité.

11. Approbation de l'organisation scolaire musicale pour l'année 2026/2027.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente l'organisation scolaire de l'enseignement musical pour l'année 2026/2027. Elle profite de l'occasion pour remercier chaleureusement Monsieur Frank Wagner, coordinateur de l'école de musique, pour son travail d'organisation. Elle souligne la complexité de la tâche, qui consiste à coordonner les horaires, les salles, les enseignants, les instruments et les élèves.

Elle explique ensuite que, malgré une très légère baisse du coût horaire facturé par l'établissement musical, le coût global pour la commune augmente. Cette évolution s'explique principalement par la réforme nationale de l'enseignement musical qui entrera progressivement en vigueur. Désormais, tous les enfants commenceront à la fois le solfège et l'apprentissage instrumental dès la première année primaire. Jusqu'à présent, l'enseignement instrumental débutait généralement plus tard. Cette modification entraîne automatiquement une augmentation du nombre d'inscriptions simultanées.

La réforme prévoit également une réduction de la durée du cursus de solfège. Alors qu'il fallait auparavant suivre six années de formation pour obtenir le second cycle, celui-ci pourra désormais être atteint après cinq années. Cette réorganisation a cependant un effet particulier à Strassen : alors que certains niveaux de solfège étaient auparavant suivis dans d'autres communes, la demande est devenue suffisamment importante pour justifier l'ouverture d'une classe supplémentaire sur place.

Le volume total de cours passe ainsi de 11 385 à 12 525 minutes hebdomadaires. Le coût annuel de l'organisa-

tion scolaire s'élève à 1 442 684 euros contre environ 1,3 million d'euros l'année précédente. L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle toutefois que l'État rembourse environ 60 % de cette dépense à travers les subventions accordées aux communes pour l'enseignement musical.

Concernant les effectifs, le nombre d'élèves inscrits aux cours collectifs de solfège augmente de 224 à 264. Les cours individuels d'instrument passent quant à eux de 307 à 347 élèves. Au total, 611 inscriptions sont comptabilisées, certains élèves étant naturellement inscrits à la fois au solfège et à un instrument. Les instruments les plus demandés restent le piano, la guitare et les percussions. L'échevine Anne Arend (CSV) invite d'ailleurs les familles à encourager davantage les instruments de cuivre, qui alimentent ensuite les rangs de la fanfare locale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne que l'école de musique constitue un véritable deuxième pilier de l'éducation dans la commune. Avec plus de 600 inscriptions et un budget dépassant 1,4 million d'euros, il estime qu'il s'agit d'un investissement important mais pleinement justifié.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'associe aux remerciements adressés à Monsieur Frank Wagner et met en avant la qualité du travail réalisé par l'école de musique. Elle se réjouit du nombre croissant d'enfants et de jeunes qui s'initient à la musique et souligne l'importance de cette formation pour la vie associative locale, notamment pour la fanfare de Strassen qui bénéficie directement de cette relève musicale.

Elle rappelle également le succès du spectacle musical pour enfants présenté cette année en collaboration avec la Fanfare Stroossen, les Stroossener Music-Kids et les Hueflachspatzen Strassen. Les trois représentations ont affiché complet et ont rencontré un excellent accueil du public. Pour elle, cette réussite démontre concrètement l'utilité des moyens investis dans l'enseignement musical et confirme que la musique constitue un facteur essentiel d'épanouissement, de cohésion sociale et d'éducation.

L'organisation scolaire musicale pour l'année 2026/2027 est approuvée à l'unanimité.

12. Affaires scolaires :

a) Adoption de l'organisation scolaire provisoire pour l'année 2026/2027, du PDS 2024-2027 et du PEP

L'échevine Anne Arend (CSV) présente tout d'abord l'organisation scolaire provisoire pour l'année 2026/2027. Elle relève que le calcul officiel du contingent de 1395 heures hebdomadaires attribué à la commune, repose sur un total estimé de 732,5 élèves.

L'organisation proposée prévoit 50 classes au total : cinq classes précoces, douze classes du cycle 1, six classes du cycle 2.1, cinq du cycle 2.2, six du cycle 3.1, six du cycle 3.2, cinq du cycle 4.1 et cinq du cycle 4.2. Cette répartition représente 1 366 heures hebdomadaires, ce qui laisse encore 29 heures disponibles pour des mesures d'appui pédagogique. L'organisation nécessite également la création de six postes d'enseignants supplémentaires pour la rentrée suivante.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente ensuite les grandes orientations du Plan de Développement Scolaire (PDS) 2024-2027, qui arrive dans sa dernière année de mise en œuvre avant l'élaboration d'un nouveau programme. Parmi les nouveautés, elle met en avant un projet développé dans le cadre de l'école UNESCO : tous les élèves recevront désormais un même journal de classe aux couleurs de l'école. L'objectif est de renforcer l'autonomie des enfants et de les encourager à noter eux-mêmes leurs tâches et responsabilités quotidiennes, malgré la généralisation des outils numériques.

Les objectifs pédagogiques du PDS restent centrés sur trois axes principaux : le développement de l'intelligence éthique à travers l'éducation aux valeurs universelles, à l'environnement, à la santé et à l'activité physique ; le développement des compétences sociales, notamment l'empathie, la coopération et le travail en équipe ; enfin le développement de l'intelligence émotionnelle afin d'aider les enfants à mieux gérer leurs émotions, leurs frustrations et leurs relations avec les autres.

Les projets déjà existants sont poursuivis, notamment ceux liés aux programmes LASEP, MUSEP, à la bibliothèque scolaire, aux activités sportives, aux voyages

pédagogiques et aux actions de sensibilisation à une alimentation saine. L'échevine Anne Arend (CSV) souligne également les progrès réalisés dans la collaboration entre l'école fondamentale et la Maison Relais. Cette coopération fonctionne désormais très bien au cycle 1 ainsi qu'au cycle 4 et s'améliore progressivement dans les autres cycles. Elle cite notamment l'exemple du projet de jardin pédagogique et de la serre, développé conjointement par l'école et la Maison Relais autour de la culture de plantes et de légumes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne que le nombre d'élèves de l'enseignement fondamental reste remarquablement stable depuis plusieurs années. Malgré les évolutions démographiques, les effectifs oscillent régulièrement entre 700 et 740 élèves, ce qui permet à la commune de maintenir une organisation relativement constante.

L'organisation scolaire provisoire, le PDS 2024-2027 et le PEP sont adoptés à l'unanimité.

b) Modification ponctuelle du règlement relatif aux subsides scolaires

L'échevine Anne Arend (CSV) présente ensuite une modification ponctuelle du règlement communal relatif aux subsides scolaires. Elle explique que le texte actuellement en vigueur ne mentionne explicitement que les études secondaires, techniques et universitaires, alors que les formations professionnelles avaient été omises lors de sa rédaction. En pratique, la commune accordait déjà les aides aux titulaires d'un diplôme professionnel, notamment d'un DAP, mais cette possibilité n'était pas clairement inscrite dans le règlement. La modification vise donc à mettre le texte en conformité avec la pratique appliquée depuis plusieurs années.

Le nouveau règlement intègre ainsi l'ensemble des filières actuellement reconnues, y compris les formations professionnelles, les écoles internationales et les différents parcours de l'enseignement secondaire. L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle que les aides sont accordées indépendamment du caractère public ou privé de l'établissement fréquenté.

Elle profite de cette présentation pour remercier Madame Liliana Amado Dias, du service de la popula-

tion, qui assure la gestion administrative des demandes de subsides scolaires. Elle communique également quelques statistiques illustrant l'importance croissante de ce soutien communal. Les montants versés sont passés d'environ 104 000 euros en 2021/2022 à 128 000 euros en 2022/2023, puis à 118 000 euros en 2023/2024, avant d'atteindre 133 375 euros pour l'année scolaire 2024/2025.

Au total, 634 demandes ont été traitées durant la dernière année scolaire. Parmi celles-ci figurent 374 demandes pour des élèves du secondaire, 71 pour l'obtention d'un diplôme de fin d'études secondaires ou professionnelles, 134 pour des années universitaires et 55 pour l'obtention d'un diplôme universitaire, qu'il s'agisse d'un bachelor, d'un master ou d'un doctorat.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) remarque que le règlement ne mentionne pas explicitement le BTS. L'échevine Anne Arend (CSV) reconnaît cet oubli et indique qu'il conviendra d'ajouter cette formation à la liste des diplômes concernés.

La modification du règlement relatif aux subsides scolaires est adoptée à l'unanimité.

c) Nominations sur la 1. Liste du MENJE (huis clos)

13. Mobilité et circulation :

a) Approbation de l'avenant n° 23 au règlement général de circulation

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explique que l'avenant n° 23 au règlement général de circulation avait déjà été approuvé par le conseil communal lors de la séance du 18 décembre précédent. Toutefois, une erreur administrative a été constatée lors de l'examen du dossier par les autorités compétentes.

Le ministère a refusé de valider le règlement, car un arrêt de bus situé sur l'ancienne route, à proximité de l'agence ING, avait été déplacé d'environ quinze mètres sans que la permission de voirie nécessaire n'ait été sollicitée au préalable. Cette omission a conduit à l'invalidation formelle de l'avenant.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) précise qu'il s'agit uniquement d'un problème de procédure et de forme. Le contenu du règlement ne change pas et aucune modification supplémentaire n'est apportée aux mesures de circulation déjà décidées. Le conseil communal est simplement amené à approuver une nouvelle fois l'avenant afin de régulariser la situation administrative.

L'avenant n° 23 au règlement général de circulation est adopté à l'unanimité.

b) Confirmation de plusieurs règlements temporaires sur la circulation

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) soumet au conseil communal plusieurs règlements temporaires relatifs à la circulation pour confirmation. Aucune question ni remarque n'est formulée par les membres du conseil à ce sujet.

Les règlements temporaires de circulation sont confirmés à l'unanimité.

14. Urbanisme :

a) Formulation d'un avis dans le cadre du PSZAE

Dans le cadre de la procédure relative au PSZAE (Plan sectoriel zones d'activités économiques), le conseil communal est appelé à émettre un avis concernant le reclassement d'une zone située au sud-est de Strassen de l'autre côté de l'autoroute. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que, selon la réglementation actuelle, le développement de cette zone nécessiterait la création d'un syndicat entre plusieurs communes, notamment avec la Ville de Luxembourg. Cette procédure est jugée lourde, peu adaptée et difficilement applicable dans la pratique.

La solution proposée consiste à intégrer cette zone dans une zone d'activités spécifique nationale, sous la responsabilité de l'État. Le ministère assurerait alors la planification et la réalisation des infrastructures, tandis que la commune conserverait un droit de regard sur les orientations du projet. L'objectif évoqué est celui d'un pôle technologique (« Tech Hub ») dédié notamment aux activités liées au numérique et à l'innovation.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur les besoins énergétiques et les ressources nécessaires à un tel projet, notamment en matière d'électricité et d'eau, compte tenu des activités numériques et informatiques susceptibles de s'y installer. Le bourgmestre répond qu'il est encore impossible d'évaluer précisément ces besoins, puisqu'aucune activité concrète n'a encore été définie. Il précise toutefois que les infrastructures électriques importantes existent déjà à proximité et que les capacités nécessaires devront être analysées au moment du développement effectif de la zone.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) souligne l'importance stratégique de ce projet pour l'avenir de la commune. Selon lui, cette orientation pourrait contribuer à renforcer l'identité de Strassen autour des nouvelles technologies, de la cybersécurité et de l'innovation, tout en s'inscrivant dans les stratégies nationales de développement numérique.

Le bourgmestre rappelle néanmoins que le projet se situe dans une perspective à long terme. Les premières réalisations ne sont pas envisagées avant plusieurs années et les procédures préalables seront encore nombreuses avant tout développement concret du site.

L'avis est adopté à l'unanimité.

b) Mise en procédure de la modification ponctuelle du PAG « Centre – Police » ainsi que de la modification ponctuelle du PAP QE

Dans le cadre d'une modification ponctuelle du PAG « Centre – Police » ainsi que du PAP Quartier Existant, le conseil examine deux adaptations de classement concernant des parcelles situées au centre de Strassen. La première concerne le terrain de l'ancienne pharmacie et les parcelles voisines. La commune souhaite intégrer le parking adjacent dans le périmètre du nouveau quartier afin de permettre un futur projet de réaménagement cohérent de l'ensemble du site. Parallèlement, un terrain appartenant à une famille voisine est reclassé en quartier existant, conformément au souhait de son propriétaire qui souhaite le conserver comme jardin.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande pourquoi le statut de nouveau quartier est maintenu sur les terrains de la pharmacie. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que ce classement permettra davantage de flexibilité pour la planification future du site et facilitera un réaménagement global de cet espace stratégique du centre de la commune. Il ajoute que ce projet pourrait également offrir l'occasion de repenser l'aménagement du carrefour voisin et de rendre cet espace plus attractif pour les habitants et les commerces.

Concernant le terrain de l'actuel commissariat de police, la modification vise à supprimer une superposition réglementaire qui bloque aujourd'hui certains aménagements. Le reclassement en quartier existant permettra notamment la réalisation d'extensions ou de constructions annexes sans devoir passer par une procédure de nouveau quartier.

La modification ponctuelle du PAG et du PAP est adoptée à l'unanimité.

c) Approbation du PAP « rue des Carrières »

Le conseil examine ensuite le PAP « rue des Carrières », déjà présenté lors d'une précédente séance. Ce dossier a été modifié à la suite de la protection patrimoniale d'une villa existante située sur le site. Le projet prévoit désormais la réalisation de 18 maisons unifamiliales et de deux immeubles à appartements comprenant au maximum 17 logements, soit un total de 35 unités d'habitation. La hauteur des bâtiments est limitée à deux étages et demi.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) estime que les adaptations imposées par la conservation de la villa ont finalement amélioré la qualité urbanistique du projet. La villa protégée reste mise en valeur, les constructions sont mieux réparties sur le terrain et une zone de rétention d'eau à ciel ouvert permet de conserver un espace libre important. Il souligne également la volonté de limiter autant que possible les transports de déblais en réutilisant la terre excavée directement sur le site.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) soulève toutefois des interrogations concernant la procédure de protection de la villa, estimant que l'arrêté officiel de classement

n'est pas encore finalisé. Le bourgmestre indique que des échanges ont eu lieu avec les responsables de l'INPA, lesquels ont confirmé oralement que l'adoption du PAP pouvait se poursuivre malgré l'état actuel de la procédure.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) se félicite du maintien de la villa dans le projet et évoque différentes pistes de valorisation futures si le bâtiment ne trouvait pas d'acquéreur privé, comme une maison de quartier ou une résidence d'artistes. Le bourgmestre se montre ouvert à une réflexion ultérieure sur l'avenir du bâtiment si une telle situation devait se présenter.

Le PAP « rue des Carrières » est adopté à l'unanimité.

d) Adoption de la convention dans le cadre du PAP « route d'Arlon- rue des Carrefours »

Enfin, le conseil approuve la convention d'exécution relative au PAP « route d'Arlon – rue des Carrefours ». Ce projet prévoit la réalisation de 15 logements sur une parcelle de 17,88 ares. La convention définit les modalités de réalisation des infrastructures publiques : voirie, réseaux techniques, alimentation en eau, assainissement et aménagement des espaces publics. Le promoteur devra également fournir une garantie bancaire d'environ 430 000 euros et débiter les travaux dans un délai maximal de vingt mois après l'approbation de la convention.

Le conseiller Daniel Thein (DP) exprime son regret face aux rumeurs concernant une éventuelle disparition du commerce italien Mercato actuellement installé sur le site. Il souligne son importance pour la vie locale et pour la communauté italienne de Strassen.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) partage ce constat mais rappelle que le terrain est privé et que la commune ne peut intervenir directement dans les choix du propriétaire. Il précise également que la nouvelle voirie prévue dans le PAP ne constituera pas une route de transit mais uniquement un accès local au futur quartier.

La convention d'exécution est adoptée à l'unanimité.

15. Affaires de personnel :

a) Décision portant sur la suppression d'une série de postes au sein de l'administration communale

Dans le cadre des affaires de personnel, le conseil communal procède à une mise à jour de l'organigramme de l'administration communale en supprimant plusieurs postes devenus obsolètes ou qui ne seront plus pourvus à l'avenir. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique qu'au fil des années, de nombreux postes avaient été créés sans jamais être supprimés, même lorsqu'ils n'étaient plus utilisés. Cette opération de « toilettage » vise donc à adapter l'organigramme à la réalité actuelle des services.

La principale série de suppressions concerne d'anciens postes d'éducateurs de la Maison Relais. Ces emplois remontaient à l'époque où la commune assurait elle-même le développement de cette structure avant de constater que son ampleur nécessitait une autre organisation. Plusieurs postes sont également supprimés au sein du service Culture et Relations publiques, ainsi qu'au service technique, notamment des postes liés à d'anciennes carrières administratives qui ne correspondent plus à l'organisation actuelle des services ou qui ont été remplacés par d'autres statuts. Le poste précédemment occupé par Madame Deborah Bauer dans une carrière C1 est également supprimé à la suite de son reclassement en carrière B1.

Le bourgmestre précise que certains postes vacants restent maintenus afin de permettre de futurs recrutements si nécessaire, tandis que d'autres sont définitivement retirés de l'organigramme. Cette mise à jour est présentée comme une adaptation administrative destinée à refléter la situation réelle du personnel communal.

La suppression de ces postes est adoptée à l'unanimité.

b) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle pour les besoins du service de régie communal

Le conseil examine ensuite la création d'un nouveau poste de salarié à tâche manuelle pour renforcer l'équipe Bâtiments du service de régie communal. Il

s'agit du recrutement d'un artisan qualifié, plus précisément d'un menuisier, afin de répondre aux besoins croissants liés à l'entretien et à la gestion du patrimoine communal.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande que cette création apparaisse clairement dans l'organigramme actualisé. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique qu'une version corrigée sera transmise aux conseillers afin que l'ensemble des modifications soit visible dans le document de référence.

La création du poste est adoptée à l'unanimité.

c) Nomination à un poste d'employé communal pour le service du vivre-ensemble (huis clos)

d) Décision portant sur la nomination définitive d'un fonctionnaire communal (huis clos)

16. Divers.

Lors des divers, le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil que les dates du Grand Projet du 9 juillet et du conseil communal du 16 juillet pourraient devoir être adaptées en fonction du calendrier européen du FC UNA Strassen. Le club disputera à nouveau une campagne européenne et l'équipe U19, récemment sacrée championne, participera également à une compétition européenne. Le bourgmestre félicite le club pour ces résultats et souligne la fierté que cela représente pour la commune.

Le conseiller Dan Thein (DP) s'interroge sur le devenir des sièges de l'ancien stade. Il suggère qu'ils puissent être réutilisés dans les nouvelles infrastructures sportives ou faire l'objet d'un projet à vocation patrimoniale ou associative. Le bourgmestre répond qu'une réaffectation est bien prévue et qu'ils ne seront pas simplement mis au rebut.

Le conseiller Jean Claude Roob (LSAP) attire l'attention sur le nombre important de personnes qui occupent les pelouses extérieures des Thermes sans nécessairement utiliser les installations aquatiques. Le bourgmestre rappelle que la capacité maximale du complexe est strictement encadrée et qu'elle ne peut être dépassée. Lors des journées de forte affluence, plus

de 1 500 personnes fréquentent déjà le site. Il annonce également l'introduction d'un système de réservation en ligne permettant aux visiteurs d'acheter leurs billets à l'avance et d'accéder directement aux Thermes via une file rapide, afin de réduire les files d'attente.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) s'interroge sur le risque que des personnes réservent des billets sans se présenter. Le bourgmestre indique que la commune suivra attentivement la situation et adaptera le système si nécessaire. Il évoque également la possibilité d'introduire à l'avenir un système de tarification dynamique, même si cette idée ne fait actuellement pas l'unanimité auprès des autorités compétentes.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne les difficultés rencontrées aux Thermes lors des journées de grande affluence. Elle explique que des problèmes de sécurité apparaissent régulièrement, notamment des intrusions, des franchissements de clôtures et des comportements inappropriés. Afin de renforcer la surveillance, deux patrouilles cynophiles supplémentaires ont été engagées les week-ends concernés, ce qui représente un coût supplémentaire pour la commune.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) relaie ensuite les préoccupations du garde forestier concernant la présence croissante de chiens non tenus en laisse dans les forêts de Strassen. Selon lui, certains animaux poursuivent la faune sauvage et peuvent également importuner d'autres usagers. Il rappelle que l'obligation de tenir les chiens en laisse existe déjà et demande que des mesures de sensibilisation soient prises. Le bourgmestre répond qu'une campagne d'information et de signalisation supplémentaire pourra être envisagée.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) adresse tout d'abord ses félicitations au service des jardins pour la qualité des aménagements floraux réalisés dans la commune. Elle estime que Strassen devient chaque année plus agréable grâce à la diversité des plantations et à l'embellissement des espaces publics.

Elle revient ensuite sur la suppression de la plage horaire réservée aux femmes dans l'espace sauna des Thermes. Faisant référence à une pétition et à plusieurs courriers reçus, elle estime que cette plage réservée

répondait à un besoin réel de nombreuses utilisatrices, notamment pour des raisons de confort, de pudeur ou de contexte culturel. Selon elle, quatre heures hebdomadaires réservées aux femmes ne constituent pas une restriction excessive pour les autres usagers et contribuent au bien-être de nombreuses clientes.

Le bourgmestre indique partager largement cette analyse. Il rappelle avoir déjà exprimé ses réserves quant à la suppression de cette plage horaire et précise que le dossier n'est pas clos. Il estime lui aussi que le maintien de quelques heures exclusivement réservées aux femmes ne poserait pas de problème particulier et que la réflexion se poursuivra.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) signale ensuite que, le 30 avril, de nombreux sacs Valorlux n'ont pas été collectés dans plusieurs quartiers de la commune. Elle souligne que, compte tenu du vent, de nombreux déchets se sont dispersés dans l'espace public. Elle demande également des informations sur les dispositifs installés pour suspendre les sacs de recyclage. Le collège échevinal confirme que ces systèmes fonctionnent correctement et qu'ils pourraient être étendus à d'autres endroits.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) attire également l'attention sur les travaux réalisés à proximité de l'école Saint-Exupéry. Elle regrette qu'un camion ait stationné dans une zone de passage très fréquentée au moment de la sortie des classes, compliquant fortement la circulation des élèves et des parents. Le bourgmestre indique que cette remarque sera transmise aux responsables du chantier.

Enfin, la conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) évoque les difficultés de stationnement observées lors d'un match de football au nouveau complexe sportif. De nombreux véhicules étaient garés devant la maison des jeunes, au point de compliquer l'accès éventuel des services de secours.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît que la situation reste tendue lors des grands événements, mais rappelle qu'un nouveau parking doit prochainement entrer en service et qu'un système de guidage vers les places disponibles sera progressivement amélioré.

Meeting of the Municipal Council of 04 June 2026

AGENDA

1. Approval of the minutes of the meeting of 16 April 2026.
2. Approval of the 2025 outstanding balance statement.
3. Approval of the estimate for the LOFT and SERRE projects.
4. Approval of the estimate for an inclusive playground.
5. Participation fee for the ProVelo training course.
6. Approval of an agreement with LuxRepower.
7. Local associations:
 - a) Allocation of standard grants for 2025-2026
 - b) Allocation of an extraordinary grant to the Volleyball Club Stroossen (VCS)
8. Approval of several notarised deeds.
9. Adoption of several municipal garden contracts.
10. One-off amendment to the municipal budget.
11. Approval of the 2026-2027 School Music Plan.
12. School-related affairs:
 - a) Adoption of the 2026-2027 provisional School Plan, 2024-2027 School Development Plan (PDS) and Extracurricular Care Plan (PEP)
 - b) Ad hoc amendment to the School Grant Regulation
 - c) Appointments to the 1. MENJE (Ministry of Education, Children and Youth) list (in camera)
13. Mobility and traffic:
 - a) Approval of Amendment no. 23 to the General Traffic Regulation
 - b) Confirmation of several temporary traffic regulations
14. Urban planning:
 - a) Opinion on the Sectoral Master Plan for Economic Activity Zones (PSZAE)
 - b) Launch of the procedure for the specific amendment to the "Centre - Police" General Development Plan (PAG) and the specific amendment to the "Rue des Carrières" Existing Neighbourhood Special Development Plan (PAP QE)
 - c) Approval of the "Rue des Carrières" Special Development Plan (PAP)
 - d) Adoption of the agreement under the "Route d'Arlon - Rue des Carrefours" Special Development Plan (PAP)
15. Staff matters:
 - a) Decision on the elimination of several municipal administration posts
 - b) Creation of a manual worker post for the Municipal Services Department ("Régie")
 - c) Appointment to a municipal employee post at the Intercultural Living Together Service (in camera)
 - d) Decision regarding the permanent appointment of a municipal civil servant (in camera)
16. Any other business

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Marc Fischer (DP), member of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting and welcomed the members of the Municipal Council. He informed the participants that Councillor Marc Fischer (DP) was excused and that Councillor Daniel Thein (DP) had a proxy to vote on his behalf.

1. Approval of the minutes of the meeting of 16 April 2026

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the first item on the agenda, i.e. the approval of the minutes of the meeting of 16 April 2026. The members of the Municipal Council had no remarks.

The minutes were approved without objection and forwarded for signature.

2. Approval of the 2025 outstanding balance statement.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented the outstanding balance statement for 2025. She began by noting that a document listing all the municipal taxes, corresponding dates and payment arrangements had been drafted and sent to the members of the Municipal Council.

She thanked the Municipal Collector, Mr Marc Feider, present at the meeting, and his team for their work on this matter. She emphasised that the Municipality of Strassen was in a particularly sound financial position. The updated figures presented took into account several payments that had been made since the documents were first sent to the councillors.

For 2025, the total amount of outstanding debt stood at 23,734.01 EUR. Of this sum, collection procedures were still underway for 19,797.28 EUR, and it was proposed to write off a total amount of 3,936.73 EUR. By way of comparison, the previous year, the total outstanding amount was approximately 76,000 EUR at the time the file was first sent out.

Alderwoman Anne Arend explained that a significant proportion of the amounts to be written off concerned a former council housing tenant who had since passed away, making the collection of the dues impossible. The other write-offs were mainly small debts incurred by individuals who could no longer be traced. She added that nearly 10,000 EUR of the outstanding amounts to be collected concerned five main debtors, including some catering companies and a residential care home which was the object of legal proceedings.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) commended the quality of the document and explanations provided. She highlighted that this was one of the clearest and most detailed outstanding debt statements ever examined by the Municipal Council. She congratulated the municipal administration on the excellent results achieved: they were remarkable, especially for a municipality the size of Strassen.

The Municipal Council unanimously approved the outstanding debt statement for 2025.

3. Approval of the estimate for the LOFT and SERRE projects.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the estimate for the SERRE and LOFT projects, which were both initiatives that fell under the Maison Relais' activities.

The educational greenhouse had already been set up in the playschool's educational garden. It had cost 51,660 EUR, in line with the initial estimates. The greenhouse was part of an educational project launched by the Maison Relais and pushed forward with great commitment by its team. The public had been invited to visit the greenhouse, the garden and various connected educational projects on an open day.

Secondly, the LOFT project was discussed. It was designed as a support and guidance centre for children, young people and their families. The service was aimed at children and young people aged 0 to 18 and was intended to provide a space for socialising, counsel and activities. Two members of staff from the Maison Relais were in charge of running the centre. During the tender process, ALHO had submitted the most favourable bid for the construction of the building for a total of 269,391 EUR.

In addition to this cost, 97,333 EUR would be spent on utility network connections and other technical infrastructures, namely for water supply, drainage, electricity and the installation of an electrical switchboard that would also be able to power outdoor activities.

As a result, the total cost of the two projects amounted to 418,385 EUR. The future LOFT building would be located opposite the educational garden, thus forming a site bringing together several Maison Relais educational projects.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) referred to the Planning Committee's discussions regarding the location of the building. She raised the question of whether provisions should be made for a future extension of the complex. She also mentioned a

request made by residents about the footpath linking it to the neighbouring housing estate. She thought it would be best to take advantage of the works to make the path safer and prevent users from entering directly onto the car park.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the issue of the footpath could be looked into. He added that, according to the current plans, the LOFT building would be located on the edge of the complex, opposite the entrance to the educational garden.

Councillor Paul Klensch (LSAP) asked about a previous landscaping project whose central themes were water, fire, air and earth. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that it had been put on hold when it proved to be much more expensive than anticipated. The Municipal Council had then decided to focus on the educational garden, greenhouse and future LOFT.

Councillor Paul Klensch (LSAP) also highlighted the success of the educational activities already carried out with the children, e.g. the sale of produce grown in the garden at the local market. The Mayor confirmed that this initiative had been very successful indeed and was a concrete example of the work done there.

In response to a question from Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) regarding the use of the greenhouse, Mayor Nico Pundel (CSV) clarified that it was primarily a project run by the Maison Relais, although some teachers from the school were also involved.

The Municipal Council unanimously approved the estimate of 418,385 EUR for the LOFT and SERRE projects.

4. Approval of the estimate for an inclusive playground.

Councillor Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the inclusive playground project, developed in partnership with an association linked to the Centre for Motor Development (CDM). This collaboration was born of the association's wish to invest funds that it could no longer use directly for the special needs school. The Municipality would build the infrastructure, while the association would help fund several pieces of playground equipment through ongoing fundraising

campaigns. Signs would be displayed to publicise the association's contribution towards the equipment.

Preliminary studies had been undertaken and an archaeological assessment had concluded that no excavation would be necessary. The project's environmental impact assessment had also been completed. Three trees would have to be felled, but this would be offset by planting three new ones on the site itself. The works were scheduled to begin at the beginning of the following year.

Several grant applications had been submitted to the Ministries of Sport, National Education, Family Affairs and Agriculture, as well as to tourism sector bodies. All had been rejected. The only option still under consideration was to get a "Euro Welcome" label from Info-Handicap, but this would not provide any financial support.

Special attention had been paid to the sanitary facilities. The project specifically included a changing table suitable for adults with disabilities. The initial solutions proposed by a Swiss supplier proved unsuitable and too costly. Other companies in France and Germany, for example, could offer cheaper equipment that met the requirements better. The total cost of the project was estimated at 1,568,525 EUR.

Mayor Nico Pundel (CSV) emphasised that this playground was designed to allow children with disabilities to play with their siblings as well as with other children. He stressed the truly inclusive nature of the project. In his view, even a conventional playground of this scale would represent a comparable investment. He also believed that the site had been particularly well chosen due to its proximity to the Centre for Motor Development (CDM), the "Kannerklinik" children's hospital, the speech and language therapy centre and other specialist facilities. However, he was displeased at the fact that no governmental body had been willing to provide financial support for what he saw as a unique project in the country.

Councillor Nicolas Kandel (DP) shared his surprise at the lack of funding and suggested looking into the existing schemes once more, especially those aiming at promoting accessibility and adapted facilities.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) confirmed that this would be done.

Councillor Dan Thein (DP) welcomed this project which would have an impact far beyond Strassen's municipal boundaries thanks to the extensive special equipment on the site. He raised the issue of the car park's accessibility for people with reduced mobility. He had been told that adapted parking spaces had been planned in the immediate vicinity of the playground, as well as an unloading and drop-off area.

Councillor Paul Klensch (LSAP) also deplored the lack of financial support from the State. He urged the College of the Mayor and Alderwomen to pursue their efforts with the relevant ministries. He said that the project was fully in line with the municipal plan to promote inclusion and support individuals with disabilities. He also enquired about the experience gained from the automatic toilets that had already been installed in Strassen. The Mayor replied that, generally speaking, they worked well following a few technical adjustments, but they did not meet the specific needs of adults with disabilities.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) underscored the in-depth work done during the project's planning phase. She said the facilities were designed to cater for a wide range of disabilities, including autism, aiming to maximise interaction between the children, families and carers. She also suggested approaching the Ministry for Equality to seek potential support. The Mayor said they would continue to explore all possible funding options.

The quote for the inclusive playground was adopted unanimously.

5. Participation fee for the ProVelo training course.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) presented a proposal for an adult cycling training course, organised in collaboration with ProVelo. The goal was to help people who did not feel sufficiently at ease on a bicycle to gain confidence and cycle more confidently around traffic.

The course would run from 5 to 14 October and would comprise eight two-hour sessions, held in the evenings

from 6.30 pm to 8.30 pm. ProVelo would provide the equipment and instructors, and the Municipality would be responsible for equipment transport and storage for the duration of the course.

A participation fee was necessary to help organise this course. The College of the Mayor and Alderwomen suggested charging 50 EUR per participant. The Municipality had set a minimum participant number of five, even though ProVelo usually only ran its classes if there were at least six participants.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) noted that ProVelo usually charged 100 EUR for this type of training. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin explained that the Municipality was covering a significant portion of the costs, and that ProVelo would be paid 2,350 EUR for the whole training programme. The fee charged to the residents had deliberately been kept low to make it more affordable.

Councillor Daniel Thein (DP) asked for further details on the amount paid to ProVelo and the expected number of participants. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin explained that it was a flat fee for the entire course and they did not have any concrete idea of the number of participants yet. However, she emphasised that the course was mainly aimed at people who were reluctant to cycle in normal traffic and wanted to gain confidence.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also asked about the possibility of young people participating. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin replied that the course was described as a cycling school for adults and that future communications would have to clearly specify the target audience.

Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that the item put to the vote concerned pricing only, not organisational arrangements.

The Municipal Council unanimously approved the 50 EUR fee for to participate in the ProVelo training course.

6. Approval of an agreement with LuxRepower.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented an agreement to be concluded with LuxRepower (SWIO) for the installation

of an electric vehicle charging point near Autopolis. The site in question straddled the territories of Strassen and Bertrange, meaning both municipalities had to sign an agreement.

He explained that the company would cover all costs associated with the charging point. The municipal authorities only needed to provide the site and ensure that there was an electrical connection at the location. Because the charging point was located on land belonging to Strassen and Bertrange, any revenue would be divided between the two municipalities.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) said that the charging infrastructure in Strassen was working particularly well. According to statistics provided by Chargy, the charging points installed there were among the most used in the country. She added that the one opposite the Town Hall was currently the most used in the country.

The Municipal Council unanimously approved the agreement.

7. Local associations:

a) Allocation of standard grants for 2025-2026

Alderwoman Anne Arend (CSV) opened the discussion on the regular grants awarded to local associations for the 2025-2026 tax year. She gave her heartfelt thanks to all the clubs and associations in Strassen. She said that they were essential to community life: they promoted integration, social cohesion, team spirit, and cultural and sporting activities. She also mentioned the many successes achieved at national level. She pointed out that these grants may represent a significant investment, but the Municipality's financial support was justified.

The overall budget allocated to regular grants had increased from 150,000 to 155,000 EUR that year. The Municipality was saddened by the closure of the "Gaart an Heem" association, which had ceased its activities after many years in operation.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that there was still no automatic allocation formula. Each application

was assessed on a case-by-case basis, with particular attention being paid to membership numbers, the proportion of young people and residents, premise availability, results achieved, operating costs and the financial situation of each association. Most clubs would therefore receive an increase of between 2.2 per cent and 3 per cent compared to the previous year, with figures being rounded off to avoid overly precise amounts.

However, some associations would receive larger increases, such as biker.lu, for instance, whose grant had risen by 12 per cent due namely to its involvement in local events such as the Christmas market, and its relatively weak financial position.

The Chess Club would receive a 17 per cent increase. It now had 227 members, including 195 young people under the age of 20 and 92 residents of Strassen. According to Alderwoman Anne Arend (CSV), this steady growth justified greater support.

The Judo Club had a grant increase of 6.5 per cent. It now had 314 members, 284 of whom were young people. Alderwoman Anne Arend (CSV) emphasised that it was the best judo club in Luxembourg and pointed out that it already received specific support on the basis of its significant work with young people.

Another increase has been granted to the Volleyball Club Stroossen (VCS), whose grant would rise from 14,460 to 16,000 EUR, representing a 10.6 per cent increase. This decision was based not only on its sporting results but also on its social commitments. For instance, it had been developing activities with the National Youth Service (SNJ), organising initiatives with the Maison Relais and was preparing to launch a sitting volleyball section for people with disabilities. The Municipality wished to actively support such projects.

Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that financial grants represented only part of the support provided to associations. The Municipality also made facilities, halls, sports grounds, equipment and significant logistical support available. He said that associations were at the heart of community life and that supporting them remained a priority.

Alderwoman Anne Arend (CSV) flagged a correction to be made to the list of beneficiaries: the name “Foyer de la Femme” should be replaced by “Foyer Espoir”.

Councillor Nicolas Kandel (DP) suggested exploring ways to establish more systematic links between local businesses and associations. He gave the example of some German municipalities which organised meetings between business representatives and associations to encourage sponsorship or other forms of cooperation.

The Mayor welcomed this suggestion. He noted that the Municipality already planned to organise a meeting with local businesses about the Letzshop platform. He believed including the issue of support for associations at this meeting would be timely.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also expressed her thanks to these organisations. She said that Strassen had a particularly wide range of highly active associations. Officials from other municipalities were often impressed by the number of activities in the Municipality and by the many initiatives in place.

The standard grants for 2025-2026 were approved unanimously.

b) Allocation of an extraordinary grant to the Volleyball Club Stroossen (VCS)

The discussion continued with the award of an extraordinary grant of 15,000 EUR to the Volleyball Club Stroossen (VCS).

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the VCS was the Luxembourgish champion and that it would be taking part in the European qualifiers. This would entail significant costs, e.g. licence fees, the total cost of which would be approximately 15,000 EUR. The VCS did not currently have the necessary funds, so the Municipality was proposing to advance this sum for its registration in the competition.

The approach adopted would be the same as in previous years: the VCS would organise its own fundraising campaign by seeking sponsors, selling tickets, publishing leaflets and generating revenue

from matches. Once the European campaign was over, a financial statement would be drawn up and the Municipality would only have to cover any remaining deficit.

Mayor Nico Pundel (CSV) stressed that the VCS was having an exceptionally good season, winning three league titles and three cups. It also had a particularly successful youth development programme, which had helped train several top-level players, some of whom were national team members.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also highlighted the VCS's social commitments. She said that it regularly organised international youth exchanges and that it had welcomed Ukrainian players, helping them settle in since the beginning of the war. To this day, it continued offering sporting activities to young people from children's homes and residential care facilities.

The special grant to be awarded to the VCS was approved unanimously.

8. Approval of several notarised deeds.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented two notarial deeds relating to the transfer of land to the Municipality free of charge.

The first concerned a resident who was transferring a plot of land measuring two centiares on Rue du Kiem to the Municipality.

The second deed concerned a couple who were donating a plot on Rue des Romains, at the end of the municipal road network.

The members of the Municipal Council had no questions or comments. Both notarised deeds were approved unanimously.

9. Adoption of several municipal garden contracts.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) presented a new set of contracts for the allocation of municipal garden plots. She pointed out that the Municipality had 25 plots on the main site, as well as

several new small plots that had been created by means of a more recent extension. The large plots were approximately twice the size of the small ones. That year, around twenty allotments had been allocated to new users.

Demand remained high. Residents could put their names on a waiting list via the Municipal Council's website or at the Town Hall reception. At the time of the meeting, eleven people were on the list. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) added that day-to-day management tasks sometimes required individual support, e.g. when gardeners encountered difficulties or abandoned their plots, which led to a regular turnover of users.

Councillor Tun Gierenz (CSV) asked about the support offered to new gardeners. Some people were allocated plots without necessarily having the knowledge required to maintain them properly.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explained that several options had already been considered. In particular, the Municipal Council had considered organising training courses or collaborating with specialist organisations. However, interest in such courses had remained low. She noted that those who were genuinely motivated generally found the necessary information themselves or by talking to more experienced gardeners. Some plots were beautifully maintained, and those gardeners were happy to share their knowledge.

She said that a social gathering had been organised the previous year. Participants had been invited to bring produce from their gardens to encourage interaction. The atmosphere was excellent, but only a minority of the gardeners took part. Despite repeated invitations, it was difficult to engage with all.

Councillor Paul Klensch (LSAP) reported very positive feedback from new users whom he knew personally. They particularly appreciated the fact that the Municipality fully prepared the plots before allocating them. They were restored, landscaped and ready for use as soon as they were taken over by the new beneficiaries. He commended the Municipal Council on their top-quality work.

He suggested that the Municipal Council could perhaps organise a welcome meeting or a presentation to encourage interaction between existing and new gardeners at the time of a new allocation. However, he acknowledged that this could prove difficult in practical terms.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) pointed out that the Municipality had already invested in improving the site by installing garden sheds and additional facilities. The aim was precisely to create a more welcoming atmosphere and encourage exchanges between users. Despite these efforts, it seemed that habits, language differences or simply differences in availability sometimes made such interactions difficult. That said, she believed that the project was an overall success and those who were genuinely interested generally found their place within this gardening community.

The contracts for the allocation of municipal gardens were approved unanimously.

10. One-off amendment to the municipal budget.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented a one-off amendment to the municipal budget for 2026. Initially, a surplus of approximately 803,000 EUR had been forecast. However, following several adjustments made during previous meetings, that had been increased to nearly 1.95 million EUR. The new amendments submitted to the Municipal Council now represented additional expenditure of 997,000 EUR, while maintaining a projected surplus of 955,771 EUR.

A first adjustment concerned the inclusion of revenue of 1,500 EUR relating to the fees charged for training courses organised at Haff Schmit. This item had not been included when the initial budget was drawn up, because the project had not yet been fully programmed.

The main budget increase related to the green grants awarded to households. The initial allocation of 300,000 EUR had doubled, reaching 600,000 EUR. Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the Municipality had seen a sharp rise in the number of applications over recent months. She believed this could be linked to the faster processing of applications by the relevant

administrative body. She added that this amount may still be insufficient and that a further adjustment would likely be necessary during a future budget amendment.

Another item concerned expenditure on water in municipal buildings. Following the installation of new meters, it became apparent that the old metering systems were not working properly. A proportion of the consumption was not being recorded reliably, which had led to an underestimation of the real costs. The new installations now allowed for automated and more accurate meter readings.

The budget also provided for an increase of 15,000 EUR for the purchase of workwear bearing the municipal logo. It would be spent on replacing polo shirts, jackets and other kit items. Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that female staff had asked for black outfits for some events, with the exception of wedding ceremonies where white attire would remain the norm.

A significant correction was also required in relation to several municipal buildings and properties managed by the Municipal Council. A calculation error had been identified in the power consumption bills for combined heat and power for 2023 and 2024. The electricity rate had been applied instead of the gas rate, resulting in incorrect amounts. The Municipal Council would therefore create a specific budget item to make the necessary adjustments for the occupants. This error was detected during an in-depth audit performed as part of the reorganisation of the Housing Department.

Councillor Daniel Thein (DP) asked about a possible link between the increase in environmental subsidies and the introduction of the third-party payment system for some photovoltaic installations. Alderwoman Anne Arend (CSV) thought this could play a role in the future, but the current increase stemmed mainly from the processing of old pending cases.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) returned to the issue of water consumption in municipal buildings and asked whether it was particularly high. Mayor Nico Pundel (CSV) replied that no excessive consumption had been observed and that the discrepancies noted were mainly due to the metering errors mentioned earlier.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) also suggested communicating awareness-raising messages about saving water in public buildings. Mayor Nico Pundel (CSV) said that a project under the aegis of the “Smart City” programme was specifically designed to monitor daily water consumption. The proposed system could also automatically flag abnormal consumption and leaks. However, its implementation would still depend on the project being approved by the relevant authorities.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then referred to a report suggesting that water was regularly left running in some municipal buildings to prevent it from stagnating in the pipes. Mayor Nico Pundel (CSV) responded that he was not aware of such a widespread practice but promised to check with the relevant departments.

Councillor Paul Klensch (LSAP) said that flushing operations were regularly carried out on the network’s hydrants, which was standard practice for the maintenance of drinking water infrastructures.

The one-off amendment to the municipal budget was adopted unanimously.

11. Approval of the 2026-2027 School Music Plan.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented the organisational arrangements for music education for the 2026-2027 academic year. She took the opportunity to warmly thank Mr Frank Wagner, the Music School’s coordinator, for his work. She emphasised the complexity of the task, which involved coordinating timetables, classrooms, teachers, pupils and instruments.

She explained that despite a very slight reduction in the hourly rate charged by the Music School, the overall cost to the Municipality was increasing. This was mainly the result of the national music education reform, which would gradually enter into force. All children would begin both music theory and instrument lessons from the first year of primary school. Until then, instrument lessons had usually begun later. This change would automatically lead to a rise in the number of simultaneous enrolments.

The reform also provided for a reduction in the duration of the music theory course. Previously, it took six years

of study to reach the second cycle, but with the new system, it would only take five years. This reorganisation had had a big impact on music education in Strassen: students attended some music theory levels in other municipalities, but with the reform, demand had increased sufficiently to justify an additional local class.

The total number of teaching minutes had climbed from 11,385 to 12,525 per week. The annual cost of running the school programme totalled 1,442,684 EUR, compared with approximately 1.3 million EUR the previous year. Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that the State reimbursed around 60 per cent of this expenditure through grants awarded to local authorities for music education.

The number of pupils enrolled in group music theory classes had increased from 224 to 264. The number of pupils taking individual instrument lessons had risen from 307 to 347. In total, 611 enrolments had been recorded, with some pupils being listed in both music theory and instrument lessons. The most popular instruments remained the piano, guitar and percussions. Alderwoman Anne Arend (CSV) also encouraged families to play brass instruments more, as this would help the local brass band.

Mayor Nico Pundel (CSV) emphasised that the Music School constituted a genuine second pillar of education in the Municipality. With over 600 enrolments and a budget exceeding 1.4 million EUR, he saw this as a significant yet fully justified investment.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also thanked Mr Frank Wagner and highlighted the quality of the work carried out by the Music School. She was delighted at the rising number of children and young people taking up music and said how important musical training was for local community life, particularly for the Strassen brass band, which benefited directly from this new generation of musicians.

Moreover, she highlighted the success of this year's children's musical, presented in collaboration with the Stroossen Brass Band, Stroossener Music-Kids and Hueflachspatzen Strassen. All three performances were sold out and very popular with the audience. In her view, this was concrete proof of the value of the resources

invested in music education and confirmed that music was an essential factor in personal development, social cohesion and education.

The School Music Plan for the 2026-2027 academic year was unanimously approved.

12. School-related affairs:

a) Adoption of the 2026-2027 provisional School Plan, 2024-2027 School Development Plan (PDS) and Extracurricular Care Plan (PEP)

Alderwoman Anne Arend (CSV) began by presenting the provisional School Plan for the 2026-2027 academic year. She noted that the official calculation of the 1,395 weekly hours allocated to the Municipality was based on an estimated total of 732.5 pupils.

The proposed structure provided for a total of 50 classes: five early years classes, twelve Cycle 1 classes, six Cycle 2.1 classes, five Cycle 2.2 classes, six Cycle 3.1 classes, six Cycle 3.2 classes, five Cycle 4.1 classes and five Cycle 4.2 classes. This allocation represented 1,366 hours per week, leaving a further 29 hours available for educational support measures. It also required the creation of six additional teaching posts for the start of the following academic year.

Alderwoman Anne Arend (CSV) then outlined the main priorities of the School Development Plan (PDS) 2024-2027, which was entering its final year of implementation before a new programme was drawn up. Among the new initiatives, she highlighted a project developed as part of the UNESCO school programme: all pupils would now receive the same class diary in the school's colours, aiming to foster their independence and encourage them to record their daily tasks and responsibilities themselves, despite the widespread use of digital tools.

The educational objectives of the School Development Plan (PDS) remained centred on three main areas: the development of ethical intelligence through education about universal values; the environment; health and physical activity; the development of social skills, especially empathy; cooperation and teamwork; and, finally, the development of emotional intelligence

to help children better manage their emotions, frustrations and relationships with others.

Existing projects would continue, namely those linked to the LASEP (League of Sports Associations for Primary Schools) and MUSEP (Music Education Association for Primary Schools) programmes, the school library, sporting activities, educational trips and initiatives to raise awareness about healthy eating. Alderwoman Anne Arend (CSV) also spoke of the progress made in terms of the collaboration between the primary school and the Maison Relais. This cooperation was working very well in Cycle 1 and Cycle 4 and was gradually improving in the other cycles. She gave the specific example of the educational garden and greenhouse project, developed jointly by the school and the Maison Relais, focusing on growing plants and vegetables.

Mayor Nico Pundel (CSV) emphasised that the number of pupils in primary education had remained remarkably stable for several years. Despite demographic changes, pupil numbers fluctuated regularly between 700 and 740, which allowed the Municipality to maintain a relatively consistent organisational structure.

The provisional School Organisation Plan, the School Development Plan (PDS) for 2024-2027 and the Extra-curricular Care Plan (PEP) were adopted unanimously.

b) Ad hoc amendment to the School Grant Regulation

Alderwoman Anne Arend (CSV) then presented a one-off amendment to the Municipal Regulation on School Grants. She explained that the text in force at the time of the meeting explicitly only mentioned secondary, technical and university education, while vocational training had been omitted when it was drafted. In practice, the Municipality was already providing grants to holders of vocational qualifications, e.g. Diplomas of Vocational Aptitude (DAP). However, as stated, this provision was not clearly set out in the regulations. The amendment therefore aimed to bring the text into line with this practice, which had been in place for several years.

The new regulations thus covered all currently recognised educational pathways, including vocational training, international schools and the various

secondary education streams. Alderwoman Anne Arend (CSV) said grants were awarded regardless of whether the institution attended was state-run or private.

She took the opportunity during her presentation to thank Ms Liliana Amado Dias, from the Population Department, who was responsible for the administrative management of school grant applications. She also shared some statistics illustrating the growing importance of this municipal support. The amounts paid out rose from around 104,000 EUR in 2021-2022 to 128,000 EUR in 2022-2023, then fell to 118,000 EUR in 2023-2024, before reaching 133,375 EUR for the 2024-2025 school year.

In total, 634 applications had been processed during the previous academic year. These included 374 applications for secondary school pupils, 71 for secondary or vocational school leaving certificates, 134 for university years and 55 for university degrees (bachelor's, master's or doctoral degrees).

Councillor Nicolas Kandel (DP) noted that the regulations did not explicitly mention the Advanced Technician's Certificate (BTS). Alderwoman Anne Arend (CSV) took note of this omission and said it should be added to the list of relevant qualifications.

The amendment to the Regulation on educational grants was adopted unanimously.

c) Appointments to the 1. MENJE (Ministry of Education, Children and Youth) list (in camera)

13. Mobility and traffic:

a) Approval of Amendment no. 23 to the General Traffic Regulation

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explained that Amendment no. 23 to the General Traffic Regulation had already been approved by the Municipal Council at its meeting on 18 December. However, an administrative error was spotted when the relevant authorities examined the file.

The Ministry had refused to validate the regulations because a bus stop located on the old road, near the

ING bank branch, had been moved by approximately fifteen metres without the necessary roadworks permit having been applied for in advance. This omission led to the formal invalidation of the amendment.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) explained that this was a purely procedural and formal issue. The content of the Regulation remained unchanged and no further amendments would be made to the approved traffic measures. The Municipal Council was simply required to approve the amendment once again in order to solve this administrative glitch.

Amendment no. 23 to the General Traffic Regulation was adopted unanimously.

b) Confirmation of several temporary traffic regulations

Mayor Nico Pundel (CSV) submitted several temporary traffic regulations to the Municipal Council for confirmation. No questions or comments were raised by members of the Municipal Council on this matter.

The temporary traffic regulations were adopted unanimously.

14. Urban planning:

a) Opinion on the Sectoral Master Plan for Economic Activity Zones (PSZAE)

As part of the procedure relating to the Sectoral Plan for Economic Activity Zones (PSZAE), the Municipal Council was required to issue an opinion on the reclassification of an area located south-east of Strassen, on the other side of the motorway. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that, under the regulations in force, the development of this area would require the formation of a joint authority involving several municipalities, including the City of Luxembourg. It was a cumbersome, ill-suited procedure that would be difficult to implement in practice.

The proposed solution involved incorporating this area into a specific national business park, under the responsibility of the State. The Ministry would then be responsible for planning and delivering the

infrastructures, and the Municipal Council would have a say in the project's direction. The stated aim was to create a technology hub ("Tech Hub") mainly for digital activities and innovation.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked about the energy requirements and resources needed for such a project, particularly in terms of electricity and water, given the digital and IT activities likely to be based there. The Mayor replied that it was not yet possible to issue a precise assessment, as no specific activities had yet been defined. However, he added that significant electrical infrastructure already existed nearby and that the necessary capacity would have to be evaluated once the area was developed.

Councillor Paul Klensch (LSAP) underscored the strategic importance of this project for the future of the Municipality. In his view, it could help strengthen Strassen's identity around new technologies, cybersecurity and innovation, while bringing it in line with national digital development strategies.

The Mayor pointed out that the project was a long-term endeavour. The first phase of development was not expected to begin for several years, and numerous preliminary procedures would have to be completed before any concrete development of the site could take place.

The opinion was adopted unanimously.

b) Launch of the procedure for the specific amendment to the "Centre - Police" General Development Plan (PAG) and the specific amendment to the "Rue des Carrières" Existing Neighbourhood Special Development Plan (PAP QE)

As part of a specific amendment to the "Centre - Police" General Development Plan (PAG) and the Existing Neighbourhood Special Development Plan (PAP QE), the Municipal Council was considering the reclassification of two plots in the centre of Strassen. The first concerned the site of the former pharmacy and neighbouring plots. The Municipality wanted to include the adjacent car park within the boundaries of the new neighbourhood to permit the coherent future

redevelopment of the entire site. At the same time, a plot belonging to a neighbouring family was being reclassified as part of the existing neighbourhood, in accordance with the owner's wish to retain it as a garden.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked why the "new neighbourhood" status was being kept for the pharmacy site. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that this would allow for greater flexibility in terms of future planning and would make the overall redevelopment of this strategic central area easier. He added that this project could also be an opportunity to rethink the layout of the neighbouring junction and make the area more attractive for both residents and businesses.

As regards the site of the current police station, the amendment aimed to remove a regulatory overlap that was blocking some development projects. For instance, the site reclassification as an "existing neighbourhood" would allow for extensions or ancillary buildings to be erected without having to go through the "new neighbourhood" procedure.

The specific amendments to the General Development Plan (PAG) and the Special Development Plan (PAP) were adopted unanimously.

c) Approval of the "Rue des Carrières" Special Development Plan (PAP)

The Municipal Council then examined the "Rue des Carrières" Special Development Plan (PAP), which had already been presented at a previous meeting. This proposal was amended following the listing of an existing villa on the site as a protected heritage building. The project now provided for the construction of 18 detached houses and two apartment blocks comprising a maximum of 17 flats, i.e. a total of 35 residential units. The height of the buildings was limited to two and a half floors.

Mayor Nico Pundel (CSV) believed that the adjustments resulting from the villa's conservation requirements had ultimately improved the project's urban design. The listed villa remained a focal point, the buildings were better distributed across the site, and an open-air water retention area would help preserve a significant

amount of open space. He also emphasised the aim of minimising the transport of excavated material as much as possible by reusing the excavated earth directly on the site.

Councillor Nicolas Kandel (DP), however, asked questions regarding the villa's protection procedures, noting that the official listing order had not yet been finalised. The Mayor said that discussions had taken place with officials from the National Institute for the Protection of Architectural Heritage (INPA), who had verbally confirmed that the adoption of the Special Development Plan (PAP) could proceed despite its current status.

Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomed the decision to keep the villa in the project and suggested various options for its future use in case no private buyer should be found for the building, e.g. a community centre or artists' residence. The Mayor was open to further discussion on the building's future in such a situation.

The "Rue des Carrières" Special Development Plan (PAP) was adopted unanimously.

d) Adoption of the agreement under the "Route d'Arlon - Rue des Carrefours" Special Development Plan (PAP)

Finally, the Municipal Council approved the implementation agreement relating to the "Route d'Arlon - Rue des Carrefours" Special Development Plan (PAP). This project involved the construction of 15 dwellings on a plot of 17.88 ares. The agreement set out the terms for the provision of public infrastructure: roads, utility networks, water supply, sewerage and the development of public spaces. The developer would also be required to provide a bank guarantee of approximately 430,000 EUR and to commence works within a maximum of twenty months following the approval of the agreement.

Councillor Daniel Thein (DP) said he was sorry to hear about the possible closure of the Italian "Mercato", currently located on the site. He highlighted its importance for local life and Strassen's Italian community.

Mayor Nico Pundel (CSV) agreed but pointed out that the land was privately owned and that the Municipality

could not intervene directly in the owner's decisions. He also clarified that the new road network planned in the Special Development Plan (PAP) would not be a through road: instead, it would be a local access route to the future neighbourhood.

The implementation agreement was adopted unanimously.

15. Staff matters:

a) Decision on the elimination of several municipal administration posts

The Municipal Council updated the organisational chart of the municipal administration by abolishing several posts that had become obsolete or would no longer be filled in future. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that, over the years, many posts had been created but none had been eliminated, even when they were no longer in use. This streamlining exercise aimed to bring the organisational chart into line with current reality.

The main set of cuts concerned former childcare worker posts at the Maison Relais. These positions dated back to the time when the Municipality itself was responsible for developing this facility, before realising that its scale required a separate structure. Several posts would also be eliminated in the Culture and Public Relations Department, as well as in the Technical Department, namely positions linked to former administrative career paths that no longer corresponded to the current organisation of the departments or that had been replaced by other categories. The post previously held by Ms Deborah Bauer in a C1 career path would also be abolished following her reclassification to a B1 career path.

The Mayor explained that some vacant posts would be retained to allow for potential future recruitment, while others would be permanently removed from the organisation chart. This update was presented as an administrative adjustment intended to reflect the real staffing situation at the Municipal Council.

The decision to eliminate these posts was adopted unanimously.

b) Creation of a manual worker post for the Municipal Services Department ("Régie")

The Municipal Council then considered the creation of a new manual worker post to strengthen the Buildings team in the Municipal Services Department ("Régie"). This involved the recruitment of a qualified tradesperson, more specifically a joiner, to meet the growing maintenance and management needs of the Municipality.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) requested that this new post be clearly indicated in the updated organisation chart. Mayor Nico Pundel (CSV) responded that a revised version of the chart would be sent to the councillors so that all the changes would be visible in the reference document.

The creation of the post was approved unanimously.

c) Appointment to a municipal employee post at the Intercultural Living Together Service (in camera)

d) Decision regarding the permanent appointment of a municipal civil servant (in camera)

16. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the members of the Municipal Council that the dates for the tram extension project ("Grand Projet") on 9 July and the Municipal Council meeting on 16 July may require adjusting to fit in with FC UNA Strassen's European fixture list. The club would once again be playing in European competitions, and the U19 team, which had recently been crowned champions, would also be taking part in a European competition. The Mayor congratulated the FC UNA Strassen on these results and emphasised how proud the Municipality was of them.

Councillor Dan Thein (DP) enquired about what would happen to the old stadium's seats. He suggested they be reused in the new sports facilities or integrated in a heritage or community project. The Mayor replied that there were plans to reuse them and that they would not simply be discarded.

Councillor Jean Claude Roob (LSAP) drew the councillors' attention to the large number of people spending time on the outdoor lawns at the Thermes without using the aquatic facilities. The Mayor pointed out that the complex's maximum capacity was strictly regulated and could not be exceeded. On busy days, over 1,500 people went to the site. He also announced the introduction of an online booking system allowing visitors to buy their tickets in advance and gain direct access to the thermal baths via a fast track to reduce queues.

Councillor Laurent Braun (CSV) raised concerns about people booking tickets and then not turning up. The Mayor said that the situation would be closely monitored and the system would be adapted if necessary. He also mentioned the possibility of introducing a dynamic pricing system in the future, although this idea did not have unanimous support amongst the relevant authorities.

Alderswoman Betty Welter-Gaul (LSAP) highlighted the difficulties encountered at the thermal baths on busy days. She explained that security issues arose regularly, including trespassing, people climbing over fences and inappropriate behaviour. To step up surveillance, two additional dog patrols were deployed on the weekends in question, which represented an extra cost for the Municipality.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then relayed the forestry officer's concerns regarding the growing number of people who were not keeping their dogs on a lead in the forests of Strassen. According to him, some dogs chased wildlife and could also disturb other users. He pointed out that the requirement to keep dogs on a lead already existed and called for awareness-raising measures. The Mayor replied that a campaign and additional signage could be considered.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) began by congratulating the Parks Department on the quality of the floral displays in the Municipality. Strassen was becoming more pleasant every year thanks to the diversity of plants and the beautification of public spaces.

She then returned to the issue of the cancellation of the time slot reserved for women in the Thermes' sauna

area. Referring to a petition and several letters received, she believed that this reserved time slot met a genuine need for many female users, particularly for reasons of well-being, modesty or culture. In her view, the four hours a week reserved for women did not constitute an excessive restriction on other users and contributed to the well-being of many female customers.

The Mayor said that he largely shared this view. He recalled having already expressed his reservations about the removal of this time slot and clarified that the matter was not yet closed. He too thought that reserving a few hours exclusively for women should not pose any particular problem and that the discussions would continue.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) then pointed out that, on 30 April, many Valorlux bags had not been collected in several neighbourhoods across the Municipality. Due to the wind, a lot of waste had been scattered across public spaces. She also requested information on the facilities installed for hanging recycling bags. The College of the Mayor and Alderswomen confirmed that these systems were working correctly and that they could be extended to other locations.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) also drew attention to the building works taking place near the Saint-Exupéry School. A lorry was parked in a very busy pedestrian area at the end of the school day, causing significant disruption to both pupils and parents. The Mayor stated that this information would be passed on to those in charge of the site.

Finally, Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) raised the issue of the parking difficulties during a football match at the new sports complex. Many vehicles were parked in front of the Maison des Jeunes (youth club), so much so that emergency service access would have been hindered had there been an incident.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that the situation remained tense during large events but pointed out that a new car park was due to open shortly and that the system to direct drivers to available spaces would gradually be improved.



COMMUNE DE

Strassen

